

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

NEUENBURG FDP-Delegiertenversammlung

FDP rüstet sich für die Zukunft

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 1998 in Neuenburg haben die Delegierten die Neupositionierung der FDP Schweiz vorgenommen. Abschied vom Links-rechts-Schema, Suche nach sachlichen statt ideologischen Lösungen und Nachhaltigkeit der Forderungen sind die Stichworte. Darüber hinaus beschlossen die Delegierten mit 117 zu 30 Stimmen die Ja-Parole zur Vorlage über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs (Finöv).

zeugte die FDP-Delegierten von der Notwendigkeit einer infrastrukturellen Erneuerung der Schweizer Bahnen. So würden die Voraussetzungen für eine Anbindung der Schweiz ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz und für einen wirkungsvollen Alpen transit geschaffen, und nicht zuletzt entstünden auch Arbeitsplätze. FDP-Nationalrat Rolf Hegetschweiler bezeichnete die Neat als luxuriöses Projekt mit unsicherer und risikoreicher Finanzierung. Die Delegierten entschieden sich mit 117:30 Stimmen klar zugunsten eines Ja.

Im Delegiertenrat am Vortag gab vor allem die Droleg-Initiative zu Diskussionen Anlass. FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi (Nein) und Professor Dr. Reto Tscholl (Ja) vertraten die gegensätzlichen Standpunkte. Der FDP-Delegiertenrat entschied sich für eine Unterstützung der breit abgestützten bundesrätlichen Drogenpolitik und beschloss die Nein-Parole. Weder der Revision des Arbeitsgesetzes (Referent: FDP-Nationalrat Bernard Comby) noch dem neuen Getreideartikel (FDP-Nationalrat Jean-Nicolas Philipona) erwuchs Widerstand.

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN



Die Neuprofilierung der FDP kommt unter dem Stichwort «Erneuerungsstrategie 1999–2007» daher. Sie ist während rund eines Jahres in aller Stille partei- und fraktionsintern durch die Gremien vorbereitet und diskutiert worden. An der DV in Neuenburg wurde diese grundlegende Fortentwicklung des schweizerischen Freisinns an die Öffentlichkeit getragen.

Modernisierungspolitik ist nicht linke oder rechte oder halblinke oder Mitte-Politik. Modernisierungspolitik löst sich aus diesen Kategorien und schafft ein neues politisches Feld. Dieses Feld ist auch für Bürgerinnen und Bürger, die sich vom Links-rechts-Hickhack angewidert abgewen-

det haben (man beachte den Trend der Stimm- und Wahlbeteiligungen), verständlich und interessant. Es ist ein politisches Feld, das sich auf die echten, nicht auf die ideologischen politischen Herausforderungen bezieht. Parteipräsident Nationalrat Franz Steiner stellte diese neuen Herausforderungen der freisinnigen Politik – unterstützt von den Bundesräten Kaspar Villiger (Modernisierung des Staates) und Pascal Couchepin (wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik), von Ständerätin Christine Beerli (Bildung und Arbeitsmarkt) und von Nationalrat Fulvio Pelli (Aussen- und Sicherheitspolitik) – dar. Der «Freisinn» veröffentlicht «Unsere Schweiz 1999–2007» ab Seite 5.

Klares Ja zu modernen Bahnen

Der FDP-Nationalrat Georges Theiler (LU) über-

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Unsere Schweiz 1999–2007 aus der Sicht der FDP ab Seite **5**
- Nachrufe zum Tod von alt Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz ab Seite **10**
- Stellungnahmen zur Droleg-Initiative von den Jungfreisinnigen und den FDP-Frauen auf Seiten **9 UND 16**
- Der neue «Freisinn-Wettbewerb» auf Seite **17**



Parolen der FDP Schweiz

für die eidgenössische Abstimmung vom 29. November 1998:

JA zu Bau und Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (Finöv)

NEIN zur Initiative «für eine vernünftige Drogenpolitik» (Droleg)

JA zur Revision des Arbeitsgesetzes

JA zum neuen Getreideartikel

Ein erster Reformtest

Eher von spöttischen Untertönen seitens politischer Habitués als von lebhaften Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit begleitet, nähert sich die Reformarbeit an der neuen Bundesverfassung der Phase der Entscheidung. Die Differenzbereinigung bei der à jour geführten Verfassung – als dem ersten Reformbaustein – ist so weit gediehen, dass in der Wintersession die Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten erwartet werden kann.

VON FDP-NATIONALRAT
OSCAR FRITSCHI,
WETZIKON (ZH)

Der Bundesrat möchte dieses Fundament, auf das weitere Reformbausteine gelegt werden können, lieber bereits am Apriltermin des Jahres 1999 als erst im Juni zur Volksabstimmung bringen – aus der taktisch wohl richtigen Überlegung, dass die Stimmung gegenüber dem Reformwerk ungünstiger wird, je näher die eidgenössischen Wahlen heranrücken, für welche die Parteien ein kantiges Profil an den Tag legen wollen.

Kompromisswerk

Denn das Bedürfnis, sich der potentiellen Wählerschaft mit Ecken und Kanten zu präsentieren, erhöht erfahrungsgemäss das Risiko, dass die Parteien ein Kompromisswerk – und eine Verfassung wird naturgemäss immer einen Kompromiss, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen politischen Strömungen, suchen müssen – an einem ihnen missliebigen Einzelpunkt «aufhängen» und bekämpfen.

Die Herbstsession lieferte dazu einen Vorgeschmack, als die SVP bei der Frage des Streikrechtes eine fundamentalistische Nein-Position einnahm, die selbst von Arbeitgeberverband und

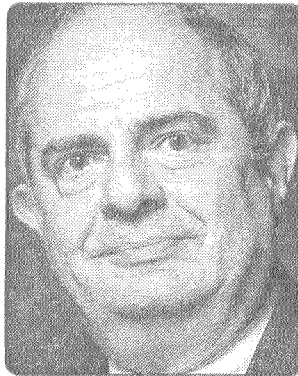
Vorort nicht mehr vertreten wird, und dafür mit taktischem Abstimmungsverhalten jene Lösung torpedierte, welche als wirtschaftsfreundlichste Regelung eine effektive Realisierungschance gehabt hätte.

Blosses Pinselwerk?

Dass lebhaftes Auseinandersetzen in der Öffentlichkeit bisher ausblieben, wird die Chancen der neuen Bundesverfassung in der Abstimmung nicht schmälern. Gefährlicher könnten dem Projekt die spöttischen Untertöne jener Kreise werden, welche die «Nachführung» als blosses Pinselwerk belächeln.

Ein behutsam angepacktes Reformwerk mit Häme überschütten heisst indes noch nicht, einen grossen Reformschritt zu bewerkstelligen. Die Verfassung in einem ersten Schritt in zeitgemässer Sprache neu zu fassen, systematisch zu gliedern, durch Eliminierung oder Herabstufung auf Gesetzesebene nicht verfassungswürdiger Bestimmungen zu entschlacken, sie aber gleichzeitig durch die Aufnahme des bisher ungeschriebenen Verfassungsrechtes zu vervollständigen: Das mutet zugegebenermassen alles andere als spektakulär an.

Aber es bildet die Voraussetzung, damit zielge-



FDP-Nationalrat Oscar Fritschi. (Photo ex-press)

richtete Reformen in einzelnen Sachbereichen auf diesem Fundament aufbauen können.

Keine ersatzlose Streichung

Nun wird die Abstimmung über die neue, inhaltlich à jour geführte Verfassung allerdings noch einen Vorläufer erhalten, der dem Souverän ein erstes Mal den Puls fühlen wird, was seinen Willen zu institutionellen Reformen anbetrifft. Bereits am Abstimmungstermin im Februar nächsten Jahres dürfte nämlich die Aufhebung der sogenannten «Kantonsklausel», wonach pro Kanton nur ein Mitglied in die Landesregierung gewählt werden kann, dem Volk zum Entschieden vorgelegt werden, nachdem sich die beiden Räte nach fünfjährigem Hin und Her auf eine Lösung geeinigt haben.

Dieses einschränkende Kriterium für die Wählbarkeit in den Bundesrat vermag annähernd paradigmatisch die Schwierigkeiten zu illustrieren, denen institutionelle Reformen in unserem Land begegnen. Jeweils im Vorfeld einer Wahl in den Bundesrat – vorzugsweise einer Einerersatzwahl – macht sich in der Öffent-

lichkeit ein Aufschrei der Empörung Luft, die Kantonsklausel schränke die Auswahl der Wägsten und Besten über Gebühr ein. In den Tagen nach einer solchen Wahl herrscht an einschlägigen Vorstössen im Parlament kein Mangel. Bereits einige Monate später ist von Hektik und Unruhe indessen nichts mehr zu spüren. Die überlieferten Bedenken feiern Urständ; und irgendwann verlaufen die Reformanläufe im Sand.

Der Ständerat, seiner Rolle als Vertretung der – kleinen – Kantone getreu, gab nach längerem hinhalten Widerstand zwar nach, milderte die ersatzlose Streichung indessen durch die Einfügung einer Bestimmung, wonach auf die angemessene Vertretung der Landesgegenden und Sprachregionen Rücksicht zu nehmen sei.

Emotionsträchtige Vorlage

Dieser Ersatzklausel mag man vorwerfen, sie bleibe vage Deklamation, ohne präzise einen Anspruch zu umschreiben. Dem steht entgegen, dass sie bei den kleinen Kantonen, die für das Ständemehr ins Gewicht fallen, Bedenken abzubauen könnte. Zwar wird niemand bestreiten, dass im Zeichen der Mobilität der modernen Gesellschaft die Kantonszugehörigkeit stark an Bedeutung verloren hat; der allgemein als Appenzeller identifizierte Arnold Koller beispielsweise gilt aufgrund seines Bürgerrechts als St. Galler Bundesrat.

Dennoch darf der emotionale Gehalt einer Streichung der Kantonsklausel

ZUM THEMA

Ein behutsam angepacktes Reformwerk mit Häme überschütten heisst indes noch nicht, einen grossen Reformschritt zu bewerkstelligen.

Bei nüchterner Überlegung ist die Streichung dieser überholten Einschränkung der Wählbarkeit unserer Mitglieder der Landesregierung aber zweifellos fällig.

nicht unterschätzt werden. Ein Walliser Ratsherr beschwor vor der Schlussabstimmung in einer persönlichen Erklärung im Parlament den Röstigraben, weil die neue Rücksichtnahme-Klausel nicht verhindere, dass einmal sechs Deutschschweizer in der Landesregierung einsitzen könnten. In seinem Eifer übersah er zwar, dass die derzeitige «Kantonsklausel» auch einen rein deutschschweizerischen Bundesrat zulassen würde, denn die Schweiz zählt mehr als sieben deutschsprachige Kantone. Doch als Stimmungsbarometer ist das Votum durchaus ernst zu nehmen.

Bei nüchterner Überlegung ist die Streichung dieser überholten Einschränkung der Wählbarkeit unserer Mitglieder der Landesregierung aber zweifellos fällig. Eine solche Wertung darf nicht zuletzt im Wissen erfolgen, dass die ausgewogene Berücksichtigung der sprachlichen Minderheiten bereits bisher – und zwar ohne jede einschränkende Verfassungsbestimmung – geradezu pingelig befolgt worden ist. Die Streichung respektive Umformulierung der «Kantonsklausel» wird so vom chronologischen Ablauf her zum ersten Test, ob wir zu institutionellen Reformen bereit und fähig sind.

IM GESPRÄCH ◉ Marc Fritschi, Kaufdorf (BE)

«Sozialstaat hat Höhepunkt überschritten»

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Die Energie, Neugier und Phantasie unserer Kinder.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Dass die Menschen nicht aus ihren Fehlern lernen.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Die Respektierung der Menschenwürde – geschlechtsneutralisierte Formulierungen.

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Der Dreissigstundentag, damit ich Zeit hätte für all das, was ich aus Zeitgründen nicht erledigen kann.

ZUR PERSON

Marc Fritschi, 1960, glücklich verheiratet und Vater zweier Söhne, Fürsprecher

ALLER: 38

BERUFLICHE STATIONEN:

Schulen und Studien in Bern. 10 Jahre Gesetzgebungsarbeit und Steuerpolitik bei der kantonalen Steuerverwaltung in Bern, ab 1999: Regierungsstatthalter im Amt Seftigen.

POLITISCHER WERDEGANG:

Seit meiner Studienzeit beim Freisinn. Kommis-



FDP-Mann Marc Fritschi: «Ich würde gerne die 34 000 Bewohner des Amtsbezirks kennenlernen, zu dessen Regierungsstatthalter ich soeben gewählt wurde.»

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die Überschaubarkeit und die Sorge, die wir auch zu Details tragen.

sionsarbeit ab 1986: Steuer-, Schul-, Verwaltungs-, Baukommissionen in der jeweiligen Wohngemeinde. Seit 1988 in der Finanz- und Steuerkommission der kantonalen FDP.

LIEBSTE TÄTIGKEIT:

Meine Rockband heisst «Shrinks to fit».

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Manchmal der Kleinmut und die Missgunst gegenüber dem Erfolgreichen.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Zu einer formellen Einheit und einer taktischen Regionalisierung.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Sie trifft dann zu, wenn die Mehrheit ihre demokratischen Rechte nicht ausüben will.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER,

WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Politiker werden schon so zu oft gelobt.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Als Exekutivmitglied durch Entscheidungsfreude, als Parlamentarier durch Offenheit für Ideen anderer.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Liberté, Egalité, Fraternité.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Die Stärke liegt im toleranten, freiheitlichen Menschenbild und der bedingungslosen Identifikation mit der Demokratie. Die Schwächen orte ich im Marketing und dem nicht immer geschlossenen Auftreten.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Ich habe eine Schwäche für Wein, Weib und Gesang – aber ist das eine Schwäche? Stärke: Selbstmotivation und Freude an der Arbeit.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Den gleichen.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

STICHWORTE

INTERET: Informationsflut.

SOZIALSTAAT: Höhepunkt überschritten.

NEAT: Gotthard oder Lötschberg.

AGRARPOLITIK: Struktur-erhaltung.

VERFASSUNGSREVISION: denn sie wissen nicht, was sie tun.

«ARENA»: Fernsehfrei glücklich leben!

Elf von siebzehn James-Bond-Filmen in einer Retrospektive: Goldfinger usw.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Die 34 000 Bewohner des Amtsbezirks, zu dessen Regierungsstatthalter ich soeben gewählt wurde.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Wissen, was ich nicht tun kann.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Fragen Sie mich das nach der Pensionierung wieder.

Kultur- oder Sparpolitik?

In den 90er Jahren werden die knappen Kassen der öffentlichen Haushalte und Sparzwänge insbesondere in der Kulturförderung auch in der Schweiz immer wieder angesprochen. Bestehen aber überhaupt Sparzwänge? Sind die finanziellen Mittel für die Kultur nur bei den öffentlichen Haushalten knapp oder auch bei Privaten? Handelt es sich nur um eine kurzfristige Knappheit, verstärkt durch die konjunkturell ungünstige Entwicklung? Ist der Kunstsektor besonders von Budgetreduktionen betroffen? Die Situation der heutigen Schweiz bildet den Ausgangspunkt für die Diskussionen dieser Fragen. Es wird untersucht, ob die Kulturpolitik in Sparzeiten anders funktioniert als in Wachstumsphasen. Verschiedene an der Kulturpolitik beteiligte Interessengruppen werden einander gegenübergestellt, um her-

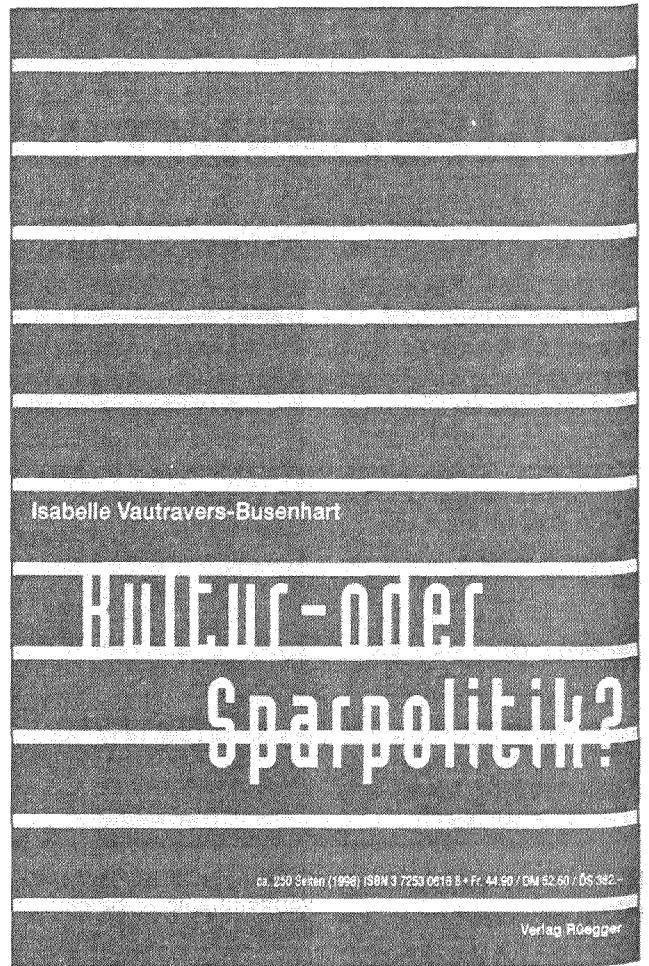
auszufinden, welche Sparmassnahmen in der politischen Realität Eingang finden und welche Bereiche der Kultur davon besonders betroffen sind.

Einen Schwerpunkt bildet der Vergleich von fest organisierten, grösseren Kunstinstitutionen mit freier organisierten und kleineren Kulturangebietern. Es wird deutlich, dass die etablierten Institutionen eher weniger von Sparmassnahmen betroffen sind. Die grösseren Kulturanbieter haben es ebenfalls leichter, sich auf die zunehmende Bedeutung von privaten Geldgebern einzustellen. Die Handlungsmöglichkeiten der Akteure im Kulturbereich werden vor dem Hintergrund der schweizerischen institutionellen Bedingungen untersucht. Dabei zeigt sich, dass die politischen Rahmenbedingungen wie Referendumsmöglichkeiten Erklärungsansätze dafür lie-

fern, wie Subventionen auf verschiedene Kulturanbieter verteilt werden beziehungsweise wie Sparmassnahmen durchgesetzt werden können.

Die öffentliche Kulturpolitik wird im Hinblick darauf beurteilt und diskutiert, wie auf die Vorstellungen der Schweizer Bürger und Bürgerinnen, welche die staatlichen Kulturausgaben ja mit ihren Steuern finanzieren, Rücksicht genommen werden muss. Es werden auch Vorschläge für eine in diesem Sinne effizientere Gestaltung und Kulturpolitik vorgebracht: Ein erster Schritt setzt bei einer stärkeren Marktausrichtung der Kunstanbieter an, die damit weniger abhängig von der Verwaltung werden sollen. Ein zweiter beschreibt eine neue Art von Kulturabstimmung.

Isabelle Vautravers-Busenhart: Kultur- oder Sparpolitik? Chur. Rüegger 1998. Fr. 44.90. ISBN 3-7253 0616 8.



Antisemitismus in der Schweiz

In der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates hat der Antisemitismus eine Rolle gespielt. Obwohl die Schweiz zu den demokratischen Pionierstaaten Europas gehörte, legte sie gegenüber den Angehörigen der jüdischen Minderheit im Jahrhundert zwischen 1848 und 1960 keine besonders aufgeschlossene Haltung an den Tag.

Die späte Durchsetzung der jüdischen Emanzipation, das Schächteverbot in der Bundesverfassung (1893), die betont restriktive Einbürgerungspraxis gegenüber Ostjuden und die Transitland-Doktrin in der eidgenössischen Migrationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg belegen, dass auch die Schweiz eine Tradition der anti-jüdisch motivierten Fremdenabwehr und

des gelebten Antisemitismus besitzt. In diesem Licht betrachtet, erscheint die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg nicht mehr länger als Betriebsunfall der Schweizer Geschichte.

Erstmals wird hier die Geschichte des schweizerischen Antisemitismus zwischen 1848 und 1960 im Zusammenhang thematisiert. Neben neuesten Forschungsergebnissen werden auch brisante Thesen begründet. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Debatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Aram Mattioli (Hrsg.) Antisemitismus in der Schweiz 1848-1960. Mit einem Vorwort von Alfred A. Häslter, Zürich 1998. Fr. 68.-. ISBN 3-280-02329-7.



NEUENBURG ○ Neupositionierung der FDP

Unsere Schweiz 1999–2007

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 24. Oktober 1998 in Neuenburg wurde nicht nur an das 150jährige Bestehen des Bundesstaates angeknüpft, sondern auch die neue Parteistrategie der FDP vorgestellt. In einem ersten Teil wird unser gegenwärtiges politisches Umfeld beleuchtet, dann stellen wir unsere Vision der Schweiz im Jahre 2007 vor. Die Ziele der FDP für die Jahre 1999 bis 2003 und die politischen Schwerpunkte für diese Zeit folgen. In einem letzten Teil schliesslich wird dargestellt, in welchen Arbeitsgruppen die konkreten Postulate erarbeitet werden.

Die Schweiz 2007 – unser Umfeld

INTERNATIONAL

■ Intensive internationale Vernetzung und Relativierung der nationalen Autonomie

- Zunehmende Migrationen und verstärkte Durchmischung der Kulturen
- Technologisierung der Gesellschaft
- Während der Einfluss der Politik sektoriell zurückgedrängt scheint, wird gleichzeitig zwischenstaatliche Zusammenarbeit immer notwendiger

NATIONAL

- Abschied vom privilegierten Sonderfall Schweiz, rascher wirtschaftlicher Struktur- und Wertewandel
- Europafrage spaltet das Land
- Trend zur kleinräumigen Betrachtung und Hinwendung zum lokalen Geschehen
- Einfache Rezepte sollen verunsicherten Menschen vermeintliche Sicherheit bringen
- Während sich exportorientierte Wirtschaft in hohem Tempo umstrukturiert, verläuft Anpassung in der Binnenwirtschaft und den politischen Institutionen langsamer

■ Wertewandel und demographische Veränderungen setzen Sozialsystem unter Druck.

PARTEI

- FDP kann wertkonservatives Lager mit eher traditionsorientierten BürgerInnen recht gut halten
- Gewinnchancen im «modernen» Bereich, bei Personen mit hohem Bildungsstandard und bei Berufstätigen mit mittlerer Chance nicht genügend wahrgenommen
- Gesamtschweizerisch stagnieren Mitgliederzahlen oder nehmen leicht ab
- Verluste bei den Männern zwischen 30 und 60 Jahren wahrscheinlich
- Frauen und Jugendliche können sich z. T. nur schwer für FDP begeistern

MÖGLICHE URSACHEN:

- Es fehlen jüngere FDP-Identifikationsfiguren; FDP-Gremien sind vielfach überaltert
- Auftritt und Sprache der FDP sind zu wenig attraktiv für grösseres Zielpublikum

■ Themen und Argumente der FDP emotionalisieren zu wenig

■ Profil und Erkennbarkeit der Partei fehlen.

Die FDP 1999–2003 – unsere Ziele

Ausgehend von den fünf Grundwerten Leistung, Freiheit, Verantwortung, Offenheit und Sicherheit wollen wir unter den Bedingungen der Globalisierung eine hochproduktive Wettbewerbsdemokratie mit sozialem Zusammenhalt schaffen.

■ Wir wollen uns nachhaltig als die Modernisierungs- und Erneuerungskraft der Schweiz profilieren sowie die Umsetzung der Vision einer zukünftigen, erfolgreichen Schweiz unterstützen.

■ Unser Ziel ist, die initiale Kraft in der politischen Schweiz zu sein. Dafür übernehmen wir Themenführerschaft und demonstrieren Problemlösungskompetenz.

■ Unsere Ziele können nicht die Interessen Einzelner sein, sondern die Bedürfnisse der Bevölkerung dieses Landes.

■ Unser Ziel ist, dabei auf private Initiative und die Marktkräfte zu bauen.

■ Unser Ziel ist es, den FDP-eigenen Weg zu gehen. Für eine zukunftsfähige, marktwirtschaftliche Schweiz wollen wir aber mit anderen Parteien und Kräften zusammenarbeiten, um Mehrheiten zu finden.

Ziele für 1999

- Reformbereite Wählergruppen anbinden
- Kernkompetenz und Profil stärken (Themen)
- Stärkste Fraktion, Verdoppelung der Zahl der Frauen, deutliche Verjüngung
- Wähleranteil höher als 1995
- Reformbereite Wähler bilden innerhalb der FDP-Wähler die Mehrheit.



Erstmals an einer FDP-Delegiertenversammlung wurde sehr viel Elektronik eingesetzt. (Photo ruti)



Dem Präsidenten der Jungfreisinnigen, Michael Huber, war die Vorstellung der Vision 2007 vorbehalten. (Photo ruti)

Die Schweiz 2007 – unsere Vision

Die Schweiz wird weltweit als ein auf Leistung basierendes Erfolgsmodell anerkannt. Als beispielhaft gelten besonders die nachhaltige Schaffung von Wohlstand, die kulturelle Vielfalt, die intensive Mitwirkung der Bevölkerung am Prozess der politischen Meinungsbildung sowie der Wille zur kontinuierlichen strukturellen Erneuerung.

Volkswirtschaft: Schweiz weltweit mit Spitzenplatz für Wohlstand pro Kopf, private Vermögensbildung und Wettbewerbsfähigkeit

Qualität, Wirtschaftlichkeit und Innovation werden durch Wettbewerb und Marktkräfte gesichert. Behinderungen von Wettbewerb und Marktkräften werden systematisch abgebaut. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sichern gemeinsam die Spitzenstellung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Leistungsorientierte Entlohnung, kontinuierliche Weiterbildung sowie die Partizipation der Mitarbeiter an den Unternehmensgewinnen sind Standard und sichern den sozialen Frieden.

Der Staat sorgt mit berechenbaren, freiheitlichen und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen für ein im Weltvergleich attraktives Umfeld. Er finanziert seine Kernaufgaben so, dass Leistung und Wertschöpfung gefördert und der Ressourcenverzehr belastet werden.

Soziale Sicherheit: Nachhaltige Sicherung der Existenzgrundlagen für ältere oder sozial benachteiligte Menschen durch langfristige, an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientierte Finanzierung

Die soziale Sicherheit im Alter und in persönlichen Notlagen nimmt jeder einzelne in erster Linie selbstverantwortlich wahr, wobei die Solidarität im Familien- und Freundeskreis gefördert wird. Die Eigenverantwortung in der Altersvorsorge geschieht durch Stärkung der 3. Säule. Staatliche Fürsorgeleistungen werden nur aufgrund einer sorgfältigen Abklärung der Bedürftigkeit ausgerichtet.

Durch die Verselbständigung der öffentlichen Spitäler und damit Schaffung von Wettbewerb sowie durch die Verwendung allfälliger staatlicher Beiträge zur Reduktion der Gesundheitskosten in Form von Subjekt- statt Objekthilfe verfügt die Schweiz über eine gesicherte, finanziell tragbare Gesundheitsversorgung.

Die Finanzierung der Sozialversicherungen ist langfristig gesichert durch eine Mischung von Massnahmen auf der Leistungs- und Einnahmeseite. Die Lohnprozente der AHV/IV/EO sind halbiert und durch indirekte Steuern ersetzt. Die ALV ist in eine obligatorische Grundversicherung und in wählbare Zusatzversicherungen aufgeteilt.

Bildung: Förderung und Forderung durch ein im weltweiten Rahmen erstklassiges Schul- und Bildungssystem, das auf die Vermittlung relevanter Werte und Kompetenzen ausgerichtet ist

Die Einsicht der Notwendigkeit lebenslangen Lernens ist Allgemeingut. Die Grund- und Berufsausbildung ist allgemein zugänglich, der Förderung der Begabten wird grosses Gewicht beigemessen. Aus- und Weiterbildung werden generell mit Bildungsgutscheinen geregelt. Die Dauer der qualitativ hochstehenden Ausbildung ist im europäischen Vergleich kurz. Die akademische Ausbildung ist dereguliert, der Markt für private Anbieter offen. Zukunftsträchtige Forschungsfelder für Wirtschaft und Gesellschaft werden frühzeitig erkannt und gefördert. Die Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkte werden auf diese Bereiche abgestimmt.

Staat und politische Kultur: Bürgernaher, effizienter und rechtsstaatlicher «service public» mit einem Finanzhaushalt im Gleichgewicht. Hoher Zusammenhalt bei kultureller Vielfalt und hohem Grad an demokratischer Mitwirkung

Das politische System ist umgestaltet und zeichnet sich durch einen hohen Grad demokratischer Mitwirkung aus. Die direkte Demokratie ist verwesentlich. Staatliche und gesellschaftliche Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen sind nach einer Gebietsreform eindeutig und umfassend je nach Eignung zugeordnet an Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Kantone und Bund. Staatliche Willensbildung erfolgt auf der Basis von Computervernetzung interaktiv unter Mitwirkung vieler Bevölkerungssegmente. Langwierige, bürokratische Vernehmlassungsver-

fahren sind abgeschafft.

Das Volk fällt die zentralen Entscheide.

Die föderalen Strukturen sind ein wesentliches Identifikationselement der Schweiz.

Einzelne Bereiche der Verwaltungsaktivitäten haben sich zur Effizienzsteigerung des öffentlichen Sektors zu Verbundsystemen zusammen-

geschlossen. Die Parteienlandschaft ist geprägt durch eine Modernisierungsbewegung und zwei Gruppierungen national- bzw. linkskonservativer Ausprägung. Das Parlament konzentriert seine Tätigkeit auf drei Funktionen: Erlass von Rahmengesetzen, Genehmigung der von der Regierung vorgelegten Budgets (inklusive der Leistungsaufträge an die Verwaltung) sowie Überwachung der Amtstätigkeit des Bundesrates und der Leistungserstellung der Verwaltung. Ein starker Bundespräsident, für vier Jahre gewählt, steht an der Spitze eines Regierungsteams, das ein von mehreren Parteien getragenes mittelfristiges Programm umsetzt und die Führungsrolle echt wahrnehmen kann. Dem Bundesrat gehören mehrere Frauen an; das Durchschnittsalter des Gremiums liegt unter 50 Jahren.

Staatliche Kernaufgaben werden kundenorientiert, professionell und wirtschaftlich erbracht. Die öffentlichen Finanzen sind strukturell im Gleichgewicht, die neue Finanzordnung in Kraft. Das Steuersubstrat ist gesichert. Die persönliche Sicherheit ist durch effiziente Sicherheitskräfte und ein professionelles Gerichtswesen gewährleistet. Autobahnnetz, Elektrizitätswirtschaft sowie weitere nicht zwingend staatliche Infrastruktur- und Dienstleistungsbereiche sind verselbständigt und privatisiert.

Gesellschaft: Spitzenstellung punkto Lebensqualität durch Verwirklichung von Gleichberechtigung, Freiheit der Lebensformen, Schutz der Ökosysteme, ein hohes Mass an Sicherheit und leistungsfähige Infrastrukturen

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist in allen Bereichen Wirklichkeit. Familiäre Verpflichtungen sind auf dem Arbeitsmarkt kein Hindernis mehr. Die Arbeitsformen sind flexibilisiert. Die Freiheit der Lebensformen wird gewährleistet. Die Gesellschaft zeichnet sich durch Freiheit und Toleranz, Lust und Freude am Leben aus.

Die Gesellschaft wird durch die Idee der «Nachhaltigkeit» und die Verantwortung für nachfolgende Generationen geprägt. Sie zeichnet sich durch ein hohes Umweltbewusstsein und die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips aus. Der grosse innere Zusammenhalt ruht auf einer Basis der kulturellen Vielfalt, zu welcher Originalität und Kreativität führen. Die Mehrsprachigkeit als wichtiges schweizerisches Merkmal wird gepflegt.

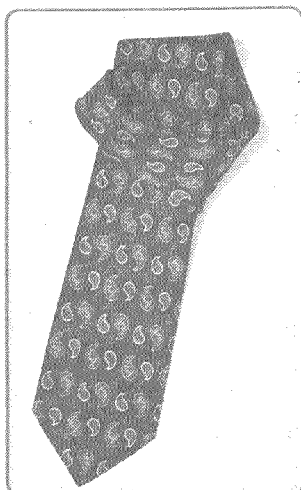
Die Schweiz ist Teil Europas und der Welt

Ihre aktive profilierte Mitwirkung nach aussen in Form der Mitgliedschaften bei EU und Uno ermöglicht der Schweiz, ihre besonderen Erfahrungen und Leistungen proaktiv einzubringen. Durch die aktive, gemeinsame Asylausserpolitik gelingt es, den Zustrom von Asylsuchenden auf einem tiefen Niveau zu stabilisieren. Unser Land verfügt über eine moderne, mobile Milizarmee, die ihren Auftrag im Uno/Nato-Verbund erfüllt.

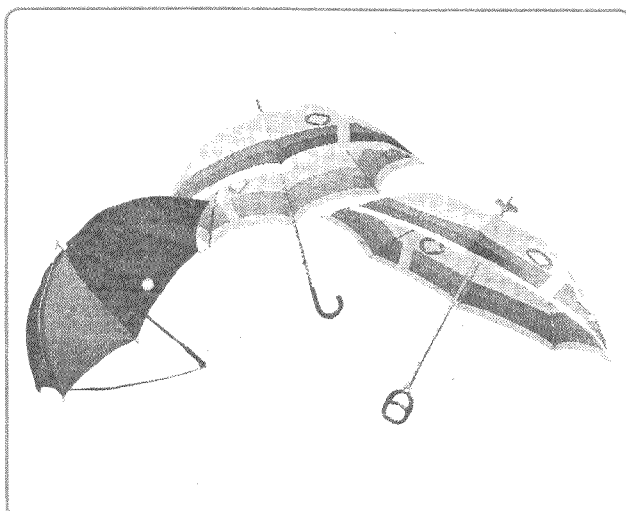


Die FDP-Spitzen: FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinger, Bundesrat Kaspar Villiger, FDP-Fraktionschefin Ständerätin Christine Beerli und Bundesrat Pascal Couchepin (v. l. n. r.) hören interessiert zu. (Photo ruti)

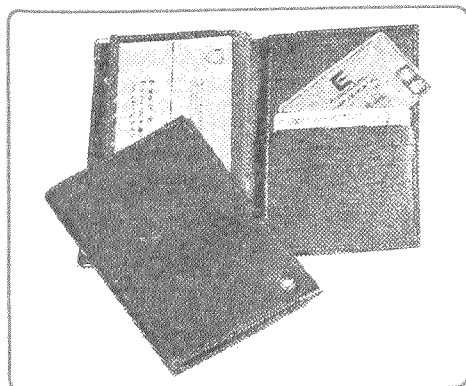
FDP-Lädeli 1999



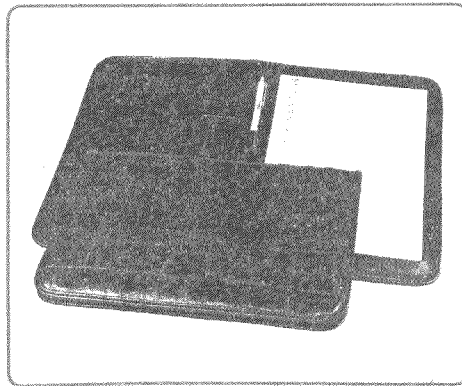
Krawatte 2001. Reine Seide Crêpe, 10x140 cm, in den Farben Dunkelblau, Blau/Rot/Weiss.



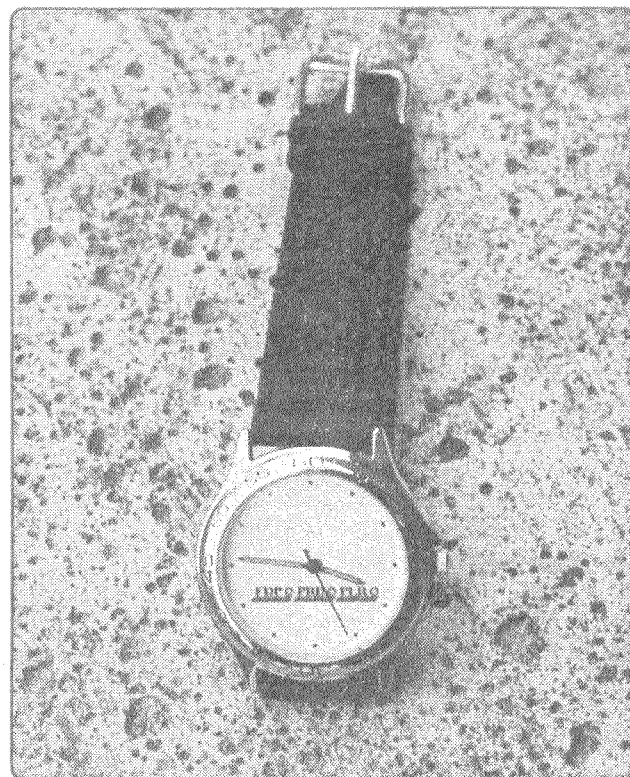
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



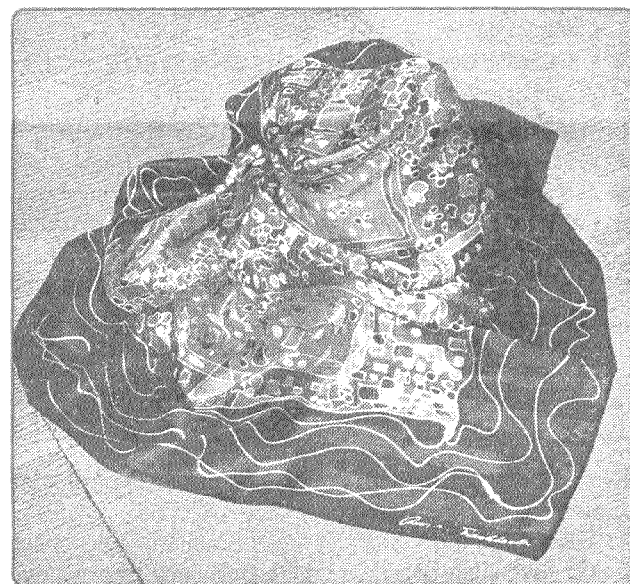
Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



FDP-Armbanduhr «excellence», silber-poliert, schwarzes Lederband. Topmodisch.



Foulard 2001. Reine Seide, 90x90 Zentimeter gross, in den modischen Farben Rot/Blau/Grün/Schwarz/Weiss.

Talon

ICH BESTELLE:

- | | | | |
|---|------------|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte 2001 | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Uhr | à Fr. 45.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 2001 zu Fr. 50.- | |

Name: _____

11/98

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

Die FDP 1999-2003 – unsere Schwerpunkte

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

HEUTE:

- Hohe und steigende Fiskalquote
- Historisch gewachsenes Steuersystem mit falschen Anreizen
- Nicht gesicherte Finanzierung der Sozialwerke
- Ordnungspolitische Schwächen in der Binnenwirtschaft

LEITLINIEN MORGEN:

- Konsequenz wachstums- und wohlstandsorientierte Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik
- Reduktion der Fiskalquote durch Abbau von Staatsaufgaben, durch Privatisierungen und Verselbständigungen
- Neukonzeption des Steuersystems
- Arbeit wird ermöglicht
- Keine Lastenumverteilung von der Gegenwart in die Zukunft
- Förderung plus Forderung. Generationenvertrag statt Generationenbeitrag

Bildungssystem

HEUTE:

- Volksschule mit Nivellierungstendenzen
- Zu wenig fokussierte Universitäten
- Ungenügender Einsatz von Technologie
- Ungenügende Vermittlung relevanter Fremdsprachen und sozialer Kompetenz
- Ungenügendes Karriere-, Qualitäts- und Effizienzmanagement
- Zu geringe Bedeutung des lebenslangen Lernens

LEITLINIEN MORGEN:

- Erneuerung des Bildungssystems auf allen Ebenen
- Auf lebenslanges Lernen ausgerichtetes Bildungskonzept
- Förderung individueller Leistungsfähigkeit, Arbeitsmarktfähigkeit und Lebentauglichkeit
- Bildung autonomer Institutionen mit differenzierten Aufträgen

- Schaffung von Wettbewerb mit Bildungsgutscheinen und leistungsorientierten Anreizsystemen
- Qualitätsmanagement
- Förderung der angewandten Forschung

Staatstätigkeit

HEUTE:

- Historisch gewachsene Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden mit oft unklarer Abgrenzung und Verantwortung bezüglich Kompetenzen und Finanzierung
- Überforderung vieler staatlicher Führungsorgane
- Zum Teil mangelnde Professionalität und ineffiziente Rollenverteilung
- Ineffiziente Prozesse demokratischer Mitwirkung

LEITLINIEN MORGEN:

- Reorganisation der Staatsleitung mittels Staatsleitungsreform
- Ökonomisierung der Verwaltung
- Erneuerung des Föderalismus
- Neuaufteilung der Aufgaben
- Verwesentlichung der Demokratie

Aussen- und Sicherheitspolitik

HEUTE:

- Traditionell verstandener Begriff der Neutralität
- Unklares Verhältnis zu EU / Uno / Nato
- Wenig fokussierte Aussenpolitik
- Sich nur langsam verändernde Sicherheitspolitik

LEITLINIEN MORGEN:

- Rolle der Exportnation mit Binnenlage auf europäischer und internationaler Ebene offensiv wahrnehmen
- Neuausrichtung der Aussen- und Sicherheitspolitik
- Zeitgemässe Auslegung der Neutralität
- Klärung der Beziehungen zu wesentlichen internationalen Institutionen
- Anpassung und Eingliederung der Armee an / in Nato/Uno-Verband
- Aktive Mitwirkung bei der Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen

Die FDP 1999-2003 – unsere Projektarbeit

Die FDP arbeitet in neun Projektgruppen an der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung ihrer Zielsetzungen sowie der Vision 2007:

1. Finanzierung des Sozialstaates / Erneuerung des Steuersystems
2. Gesundheitswesen / «Tragbare Gesundheitskosten durch mehr Wettbewerb»
3. Schaffung von Arbeitsplätzen / «Verbesserung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit» / «Ideen- und Know-how-Börse»
4. Liberale Lebensgestaltung / Kinderbetreuungsplätze
5. Energiepolitik / Energiemarkt 2007
6. Bildungssystem / Bildungsoffensive
7. Staatstätigkeit und Staatsleitungsreform / Modernisierung des Staates
8. Europa / «Parteiinterne Debatte über die Auswirkungen eines Alleingangs, eines EWR-Beitritts und eines EU-Beitritts»
9. Innere Sicherheit / Migrationsproblematik und Ayslaussenpolitik

Das Ziel der Projektgruppen ist es, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wo müssen wir uns erneuern?
2. Wie soll diese Erneuerung aussehen, welches ist das Ziel und innerhalb welcher Leitplanken soll diese Erneuerung geschehen?
3. Welche offene Fragen müssen geklärt werden?
4. Welche Aktionen, Initiativen und Massnahmen sind umzusetzen, damit die FDP Erneuerungsführerschaft für sich beanspruchen kann?

erich dardel
büro und wohnen

erich dardel ag
stadtplatz 38
ch-3270 aarberg
tel. 032 393 15 20
fax 032 393 15 24

usm haller... cassina...

Überraschend Ja zur Droleg-Initiative

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben an ihrem diesjährigen Kongress in Zürich mit deutlichem Mehr die Ja-Parole zur Droleg-Initiative beschlossen. Sie setzen sich damit für eine zukunftsgerichtete Drogenpolitik ein, die den Schwarzmarkt zum Verschwinden bringt, die Kriminalität senkt und den Drogenkranken ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Zudem haben die Jungfreisinnigen mit Franz Steinegger und Hans-Peter Aebi (Verwaltungsratspräsident Diax) über die Jugendarbeitslosigkeit diskutiert und Erneuerungswahlen in den Vorstand vorgenommen.

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben gegenüber der FDP in der Drogenpolitik immer eine Vorreiterrolle gespielt. So haben sie sich schon vor 10 Jahren für die kontrollierte Abgabe harter Drogen eingesetzt. Nun gehen die Jungfreisinnigen einen Schritt weiter und haben an ihrem zweitägigen Kongress in Zürich überraschend Ja zur Droleg-Initiative gesagt. Für Michael Huber, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, ist dieser Schritt logisch: «Die Zeiten der Prohibition

sind vorbei. Nun braucht es neue Instrumente. Der visionäre Verfassungsartikel der Droleg-Initiative weist den richtigen Weg: Konsequente Legalisierung der Drogen zur Zerstörung des Schwarzmarktes.

Die Mafia hat genug verdient

Die Mafia hat in der Schweiz an den Drogen genug verdient! Der Parolenfassung ist eine engagierte Diskussion mit Prof. Reto Tscholl, Vorstand Droleg, und Nationalrätin Trix Heberlein, con-



JFS-Präsident Michael Huber legte sich auch an der Delegiertenratssitzung der FDP Schweiz am 23. Oktober 1998 für die Annahme der Droleg-Initiative ins Zeug. (Photo ruti)

tra Droleg, vorausgegangen.

Am Vortag haben die Jungfreisinnigen zusammen mit Nationalrat Franz Steinegger und Diax-Verwaltungsratspräsident Hans-Peter Aebi über die Jugendarbeitslosigkeit diskutiert. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich als politisches Thema herausgestellt, das nicht isoliert betrachtet werden kann.

Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, aber auch Gesellschaftspolitik sind betroffen. Das Credo «Arbeit ermöglichen» muss für die Jungfreisinnigen in allen diesen Gebieten gelten.

Neuwahlen ins Präsidium

Als Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz

wurde Isabelle Moret-Zupiger aus Genf gewählt. Neu nehmen im Vorstand Benita Vogel (LU), Martin Meyer (SZ), Olivier Naray (GE), Paolo Pamini (TI) und Martin Schaub (ZH) Einsitz. ■

Ja zu Finöv, Arbeitsgesetz und Abschaffung Getreideartikel

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben an der Sitzung des Delegiertenrates vom 17. Oktober 1998 beschlossen, bei ihrer bisherigen Europapolitik zu bleiben: Nach dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen sollen sofort mit der EU Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden.

Ein EWR II kommt für sie auch nicht als Zwischenschritt in Frage. Weiter sagen die Jungfreisinni-

gen Ja zur Finöv, zum Arbeitsgesetz und zur Abschaffung des Getreideartikels.

Unnötiger Umweg

Auf Grund der harzig verlaufenden bilateralen Verhandlungen mit der EU haben die Jungfreisinnigen ihre Europa-Position neu beurteilt. Dr. Max Amstutz, Verwaltungsratspräsident der von Roll AG, hat ihnen den EWR II als «einzig

wirklich realisierbaren Weg Richtung Europa» vorgeschlagen. Für den EU-Beitritt lasse sich in der Schweiz keine Mehrheit finden. Trotzdem sind die Jungfreisinnigen der Meinung, dass nach Abschluss der bilateralen Verträge unmittelbar Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden müssen.

«Für uns bringt der EWR II im Vergleich zu den bilateralen Verträgen nur wenige Vorteile. Es wäre ein unnöti-

ger Umweg auf dem Weg in die europäische Union», sagt Michael Huber, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz.

Die Finöv ist für die Jungfreisinnigen der logische Schritt nach dem deutlichen Ja zur LSWA. Ohne leistungsfähige Bahn keine Umlagerung von der Strasse zur Schiene. Auch das Arbeitsgesetz und die Abschaffung des Getreideartikels waren unbestritten.

Zu allen Vorlagen fassten die Jungfreisinnigen die Ja-Parole.

Frauen gegen undemokratische Quoten

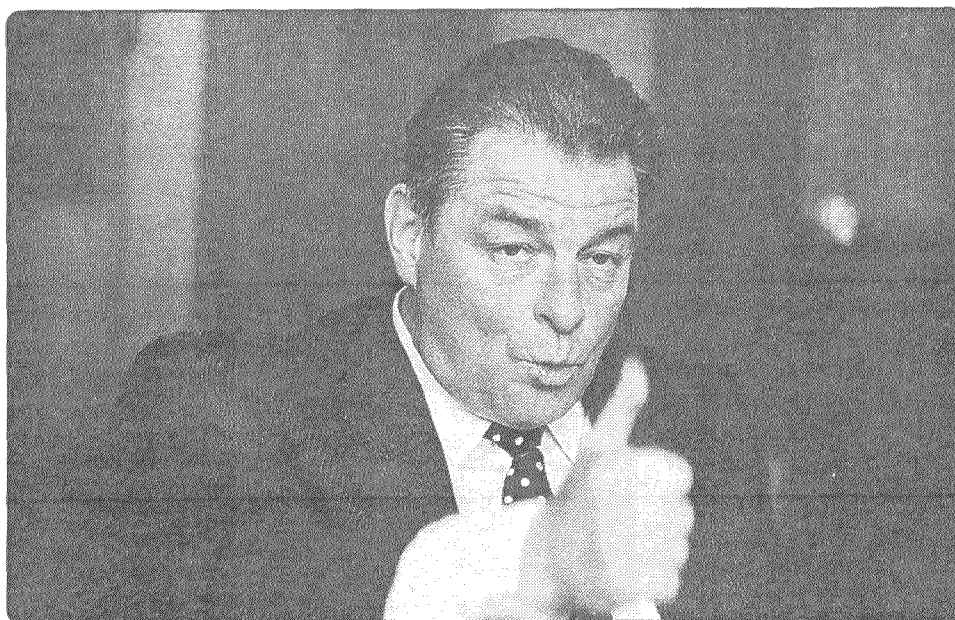
Die weiblichen Delegierten störten sich an der vom Nationalrat beschlossenen Frauen-Quoten-Regelung für Nationalratslisten. Frauen hätten diese nicht nötig. Zudem sei eine solche Regelung undemokratisch. ■

Merci pour tout, Jean-Pascal

Während der Drucklegung der letzten «Freisinn»-Ausgabe traf die Nachricht vom Tod von alt Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz ein. Der «Freisinn» publiziert hier die Nachrufe von zwei Parteifreunden, von FDP-Präsident Franz Steinegger und FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy.

Die Nachricht vom Hinschied von alt Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz trifft uns. Wir sprechen der Familie, die ihn erst vor kurzem wieder zu Hause im Waadtland begrüßen durfte, unser tief empfundenes Beileid aus. Sein Tod macht uns alle traurig. Zu schnell hat ihn der Tod geholt, zu kurz war seine Zeit der Musse nach dem Rücktritt aus dem Bundesrat vor erst sechs Monaten. Schon damals wussten wir, wie es um ihn stand. Delamuraz hat die Wahrheit nicht versteckt. Dass die Krankheit ihn so rasch besiegen würde, hat uns dennoch überrascht und bedrückt uns.

Uns bleibt als einziger Trost die Erinnerung. Die Erinnerung an einen grossen Staatsmann, an eine Integrationsfigur nicht nur für die Romandie. Unvergessen bleibt sein unglaublicher Einsatz für die Politik dieses Landes von morgens früh bis spät abends und manchmal auch noch länger. Unvergleichlich sein Waadtländer Temperament, das dank seinem legendären Humor wohl manche Bundesratsitzung erfrischt hat. Noch stärker bleibt uns der Respekt vor dem politischen Instinkt, den das «animal politique» an den Tag legte. Die Durchsetzung von mehrheitsfähigen Zielen blieb bei alledem im-



mer sein erstes Anliegen. Deshalb vermochte er in seiner über 14jährigen Amtszeit für dieses Land Enormes zu leisten.

1983 wählte die Bundesversammlung JPD – nach einer steilen Karriere vom Lokalpolitiker bis ins eidgenössische Parlament – in den Bundesrat, wo er Chef des Eidgenössischen Militärdepartements wurde. 1987 folgte der Wechsel ins Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Die achtziger Jahre waren für den EVD-Vorsteher eine gute Zeit. Die Probleme bewegten sich um Begriffe wie Arbeitskräftemangel, über die Höhe des Wachstums und ähnliches. Erst 1989 und verstärkt 1990 trat eine lange Stagnationsphase für die Schweizer Wirtschaft ein. Jean-Pascal Delamuraz erkannte früh die Notwendigkeit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeit und machte sie auch zum politischen Thema. Die Uruguay-Runde des GATT brachte 1991 eine neue Herausforderung für den Volkswirtschaftsminister. Die noch immer kriegswirtschaftlich geordnete Landwirtschaftspolitik hatte sich

zwar bereits überholt. Nun trat die Unvereinbarkeit mit den aussenwirtschaftlichen Grundsätzen dazu. Eine neue, fast revolutionär neue Landwirtschaftspolitik wurde notwendig. JPD hat den Wechsel geschafft, ohne dass eine Revolution entstanden ist. Am 27.9.1998 haben ihm Volk und Stände die abschliessende Legitimation dafür erteilt. Gleichzeitig hat Delamuraz die Probleme in der Berufsbildung mit dem Konzept der Fachhochschulen aufgenommen.

Der EWR-Vertrag von 1992 hätte der Schweiz, und das wusste Jean-Pascal Delamuraz, sehr viele Probleme erspart. Die Schweiz hätte zu jenem Zeitpunkt aussenwirtschaftliche Impulse und eine interne Strukturanpassung dringend gebrauchen können.

Jener «schwarze Sonntag» brach ihm das politische Genick aber keineswegs. Kämpferisch und optimistisch, wie er war, versuchte er der Schweiz mit einem Revitalisierungsprogramm für die Binnenwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. So wurden das revidierte Kartellgesetz, das Gesetz über die technischen

Handelshemmnisse und das Binnenmarktgesetz im Schnellzugstempo und erfolgreich durchgesetzt. Aussenwirtschaftlich unternahm Jean-Pascal Delamuraz zahlreiche Reisen, um für Schweizer Unternehmen neue Märkte zu erschliessen.

Ein weiterer Schritt in der schweizerischen Integrationspolitik wurde 1994 mit der Vorbereitung der Verhandlungsmandate für die Aufnahme der bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) unternommen. Parallel dazu konnte die Uruguay-Runde des GATT abgeschlossen werden. JPD brachte die Konsequenzen für die Schweiz ohne Probleme und ohne Referendum über die Runden. Ein letzter grösserer Wurf sollte die Revision des Arbeitsgesetzes werden. In einer ersten – vom Parlament verschärften Version – mochte sich Delamuraz nicht hinter die Revision stellen. Da kam ihm seine welsche Sensibilität in die Quere. Heute stehen wir kurz vor der Abstimmung über die zweite, aufgrund des Volksentscheids überarbeitete Vorlage. JPD hätte diese Ver-

sion sicher unterstützt, wenn er noch im Amt gewesen wäre. Er hat sich aber nie mehr eingemischt seit seinem Rücktritt. Auch das war eines der prägenden Merkmale von JPD: seine Konsequenz. Nach dem Rücktritt hielt er sich in keiner Art und Weise auf über die Amtsführung seines Nachfolgers oder auch nur über die Behandlung der Geschäfte.

Vergessen wir aber ob der Politik nicht die persönliche, die private Seite. Alle, die das Glück hatten, ihm in traulichen Kreisen näherzukommen, werden bestätigen, dass hier die eigentliche Stärke von Delamuraz lag. Er beherrschte die Kunst der Unterhaltung, der Erzählung, der augenblicklichen heiteren Rede und Gegenrede mit hoher welscher Virtuosität. Wir vergessen nie die kleinen Reden bei Tisch oder anderer Gelegenheit, wo alles Anlass für Witz, sinnvolle Anspielungen oder kernige Urteile bildete.

Die positiven Auswirkungen der von Jean-Pascal Delamuraz vertretenen Politik werden wir in diesem Land noch lange spüren. Wir werden seine Verdienste um die Bildung, die Reform der Landwirtschaft, die Öffnung der Schweiz, die Aussenbeziehungen usw. in Ehren halten. Um so mehr schmerzt es uns, dass er nicht mehr unter uns ist, dass er die Früchte seiner Arbeit nicht mehr gedeihen sehen kann. Selten hat ein Bundesrat so viel geleistet, selten hat ein Bundesrat so viel Profil gewonnen und ist doch so volksnah geblieben. Selten war die Ungerechtigkeit so gross wie jetzt bei seinem allzu schnellen Gehen. Merci pout tout, Jean-Pascal!

*Franz Steinegger,
Nationalrat, Flüelen (UR)*

Adieu Jean-Pascal et merci mille fois pour tout!

Lieber Jean-Pascal

Vor einigen Wochen hast Du mich angerufen, um Dich aus gesundheitlichen Gründen für Dein Fernbleiben an einem Parteienanlass zu entschuldigen. Wir haben dabei ausführlich miteinander gesprochen, und je länger das Gespräch dauerte, desto mehr beschlich mich das Gefühl, dass Du von mir persönlich Abschied nehmen wolltest: Die Krankheit nehme immer mehr Besitz von Dir, die Kraft, sie zu bekämpfen, gehe Dir aus. Ich spürte, dass Dein unbändiger Lebenswille, Deine Lebensfreude, Dein unerschütterlicher Optimismus, welche Dein Leben geprägt haben, am Erlöschen waren. Kurz darauf hast Du mir Deine Entschuldigung noch schriftlich bestätigt. Meine bösen Vorahnungen bewahrheiteten sich nun leider und viel zu früh. Ich bin aufgewühlt und tief traurig. Weshalb war es Dir nicht vergönnt, den wohlverdienten Ruhestand zu geniessen? Oder war Deine Mission erfüllt?

Ich bin Dir dankbar für alles, was Du mir, unserem Land, der Welt und auch unserer Partei gegeben hast. Und das war viel, sehr viel. Dein «sens de l'Etat», Dein Pflichtgefühl veranlassten Dich zum Beispiel 1996, knapp zwanzig Tage nach der Operation am offenen Herzen, beim Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps persönlich dabeizusein. Du hast Dir alles abgefordert, vielleicht zu viel. Du hast Dir aber auch immer die Zeit genommen, das Leben zu geniessen, und aus dieser Lebensfreude hast Du die Energie geschöpft, Deine

vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Im Kreise Deiner Familie und Deiner Freunde hast Du Dich erholt, sei es beim Navigieren auf dem Lac-Léman (du kanntest jeden Kapitän der Lac-Léman-Flotte persönlich, und den Fahrplan wusstest Du auswendig), sei es bei einem guten Waadtländer Tropfen und einem feinen Essen.

Während etwas mehr als anderthalb Jahren stand ich Dir als persönlicher Berater zur Seite. Wir sind dabei rund zweieinhalbmal um die Welt gereist. Ich habe viel erlebt und auch vieles von Dir gelernt. Ich habe Einblick erhalten in das Leben eines Staatsmannes mit all seinen Stärken, aber auch seinen Schwächen. Dein politischer Instinkt war phänomenal, selten hast Du Dich geirrt. Deine erste Einschätzung der Lage war meistens richtig. Dein Wille zur Lösungsfindung, Dein Harmoniebedürfnis, Dein Unwillen gegenüber Streitigkeiten liessen Dich aber manchmal Kompromisse eingehen, die nicht immer glücklich waren. Aber rückblickend ist man ja immer gescheiter.

Dossiers hast Du nie sehr geliebt und uns doch immer wieder verblüfft, wenn Du in der Vorbereitungssitzung eine Frage zu einer Fussnote auf Seite 5 einer Notiz gestellt hast. Vor Auftreten konntest Du Dich richtig in Fahrt «ärtern» über die lausige Rede, welche Dir vorbereitet worden sei, um dann auf der Anfahrt zum Veranstaltungsort noch handschriftlich ein paar Gedanken dazuzufügen. Nach geschlagener Schlacht, auf der Rückfahrt, hast Du dann verschmitzt gelacht und ge-



sagt: «Tu sais, Matyassy, mon discours était quand même formidable.» Nie vergessen werde ich Deinen Witz und Deine Schlagfertigkeit, mit denen Du viele kritische oder angespannte Situationen überbrückt hast. Sei es, als während Deiner Rede vor der EFTA-Ministerkonferenz zum Thema Osthilfe ein Natel erbarmungslos und eindringlich läutete und Du schlagfertig bemerktest: «Seht ihr, die zuständigen Minister der Ostländer rufen schon an, um mit mir über die konkrete Hilfe zu sprechen.» Sei es, als Du den vietnamesischen Wirtschaftsminister, der sich immer wieder für sein fehlerhaftes Französisch entschuldigte, mit den Worten getröstet hast: Ihr Französisch ist hervorragend, aber Sie sollten mal mein Vietnamesisch hören. Jede Ehrung oder Geschenkübergabe, für viele von uns ein peinlicher Moment, weil man nicht weiss, was sagen, hast Du immer mit einem passenden Spruch aufgelockert. Sitzungen in Deinem Büro waren zwar manchmal etwas lang, aber zu lachen gab es immer

viel. Du hast es auch verstanden, schwierige politische Anliegen in humorvolle Worte zu kleiden, so zum Beispiel, als Du dem chinesischen Verkehrsminister von Deinem Traum erzähltest, Du seist mit

ABB-Lokomotiven von Peking nach Schanghai gefahren.

Die Frohnatur war aber nur ein Aspekt von Dir. Du hattest eine sehr sensible, ja fast verletzliche und philosophische Seite, die vielen verborgen blieb. Nächtelang hast Du Dich in die französische Literatur und Kunst vertieft, klassische Musik gehört, mit Freunden philosophiert. Ich hatte das Privileg, auch diese Seite von Dir kennen zu dürfen. Du hast mir in solchen Momenten viel auf meinen Lebensweg gegeben.

Immer wieder beeindruckt haben mich Deine Volksnähe und deine Verbundenheit mit uns «normalen» Bürgerinnen und Bürgern. Du hast das Bad in der Menge genossen, für jeden ein gutes Wort gehabt und ihm den Eindruck gegeben, gerade er oder sie sei Dir sehr wichtig. Die guten Geister im Bundeshaus, welche für Ordnung und Sauberkeit sorgen, hast du praktisch alle mit Namen gekannt. Nein, Distanz und Berührungsängste waren Dir fremd, und dies hat für Deine grosse Popularität gesorgt.

Als überzeugter Romand hattest Du mit uns Deutschschweizern manchmal Deine liebe Mühe. Du hast dabei kein Blatt vor den Mund genommen. Du hast aus Deinem Herzen in solchen Momenten keine Mördergrube gemacht und gesagt, was Du denkst: So nach dem Nein zum EWR oder dem Ja zur Alpeninitiative. Das waren für Dich bittere Erlebnisse. Auf wenig Verständnis stiess in der Deutschschweiz manchmal auch deine weltliche Sensibilität bei sozialen Themen. Es war aber Deine Aussage zu den Forderungen des Jüdischen Weltkongresses, welche Dir den schwierigsten Moment Deiner Karriere beschert hat. Die Tage, bis diese Situation einigermaßen geklärt war, werden mir unvergessen bleiben.

Am 30. Juni 1997 hatte ich meinen letzten Arbeitstag als Mitglied Deines Stabes. Ich hatte eine tolle Zeit erlebt, eine grosse Herausforderung stand mir bevor, und dennoch blieben mir die Worte im Halse stecken, als ich Dir zum Abschied die Hand gab. Un moment plein d'émotion, wie jetzt. Adieu, Jean-Pascal, et merci mille fois pour tout!

Johannes Matyassy,
FDP-Generalsekretär,
Muri (BE)

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 1998 ◉ *Ja zum Arbeitsgesetz*

Nur Extremisten bekämpfen diese Revision

Die letzte Revision des Arbeitsgesetzes erinnert an die Chronik einer angekündigten Niederlage. Der Bruch der Vereinbarungen der Interessenverbände liess einen negativen Ausgang vermuten. Die Deutlichkeit des Ergebnisses hat aber alle überrascht. Im folgenden haben Bundesrat und Parlament sofort die Arbeiten der Revision wiederaufgenommen. Sie trugen dabei dem Volkswillen, dem notwendigen Schutz der Angestellten und der Einführung von mehr Flexibilität Rechnung.

VON FDP-NATIONALRAT
BERNARD COMBY,
SAXON (VS)

Nach langwierigen Debatten verabschiedete das Parlament am 22. März 1996 gegen den Willen des Bundesrates ein Revisionsprojekt zum Arbeitsgesetz. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, zur Kompensation der Flexibilisierung der Arbeitszeiten eine zusätzliche Ruhezeit in der Höhe von zehn Prozent der Arbeit während der Nacht oder sonntags einzuführen.

Analyse der Abstimmung vom 1. Dezember 1996

Das Parlament akzeptiert diese neuen Auflagen nicht. Im weitem entschied es, die Sonntagsarbeit in den Läden zu liberalisieren. Deshalb wurde gegen die Gesetzesrevision das Referendum ergriffen. Am 1. Dezember 1996 verwarf das Schweizervolk das Revisionsprojekt mit 67:33 Prozent.

Die Vox-Analyse ergab folgende wesentlichen Gründe für die Ablehnung:

- die Zulassung von Sonntags-Arbeit (im Verkauf sechs Arbeitssonntage ohne Bewilligung)
- der Verzicht auf Zeit-

kompensationen, v. a. bei Nachtarbeit

- die Verlängerung der Tagesarbeitszeit bis 23.00 Uhr ohne Kompensation

- eine zu hohe Überstundenzahl bei gleichzeitig wachsender Arbeitslosigkeit.

Zwingende Notwendigkeit für Revision des Arbeitsgesetzes

Trotz der Ablehnung vom Dezember 1996 bleibt die Notwendigkeit zur Revision des Bundesgesetzes über die Arbeit bestehen. Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat natürlich höchste Wichtigkeit. Die Globalisierung der Wirtschaft und das Erfordernis einer besseren Wettbewerbsfähigkeit zwingen uns zu einer raschen Revision des Arbeitsgesetzes.

Nach der Ablehnung der Teilrevision des Arbeitsgesetzes wurden zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, die eine rasche Wiederaufnahme der Revisionsarbeiten verlangten. Die Reform musste dem doppelten Imperativ des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes



FDP-Nationalrat Bernard Comby: «Ich empfehle den Weg der Weisheit: Ja zum Arbeitsgesetz.» (Photo ruti)

andererseits genügen. Diese Revision begründet auch eine wichtige Achse einer neuen Arbeits- und Wachstumspolitik. In diesem Sinn und Geist hat der Bundesrat einer Subkommission der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), bestehend aus Vertretern der Sozialpartner, der Frauenorganisationen und des Bundesamts für Wirtschaft und Arbeit, das Mandat zur Erarbeitung eines Kompromisses erteilt.

Leider waren die Verhandlungen mit den Sozialpartnern nicht von Erfolg gekrönt. Der Gewerbeverband und später der Arbeitgeberverband entschieden, sich nicht weiter an den Verhandlungen der erwähnten Subkommission zu beteiligen.

Nun hatte die WAK des Nationalrates die Aufgabe, das Dossier aus der Sackgasse zu führen bezüglich gleichzeitiger Anpassung von Arbeitszeit und -bedingungen und einer Wirtschaft, die sich mit mehr und mehr Konkurrenz konfrontiert sieht.

Die parlamentarische Initiative

Diese zweite Revision des Arbeitsgesetzes enthält namentlich folgende Punkte:

1. Eine Wiederaufnahme der weder im Parlament noch im Volk bestrittenen Regelungen der Revision von 1999. Es handelt sich dabei um die Gleichstellung von Mann und Frau bezüglich Arbeits- und Redezeit, der Ausübung von Nachtarbeit, und den speziellen Schutz im Falle der Mutterschaft.

2. Neue Vorschläge zu den umstrittenen Regelungen der 1996er Vorlage. Es handelt sich dabei unter anderem um die Aufhebung der Grenzen Tag/Nacht, die Überstundenregelung und die Kompensation der Nachtarbeitszeit. Im weitem wurde von der Flexibilisierung der Sonntagsarbeit in den Verkaufsläden Abschied genommen.

Der Vorschlag des Bundesrates bezüglich Kompensation der Nachtarbeit wurde ohne Änderung wiederaufgenommen. Die Kommission hat sich vom bundesrätlichen Projekt in folgenden drei Punkten entfernt:

Die zwischen 20 und 23 Uhr ausgeführte Arbeit wurde als Abendarbeit definiert, was die Arbeit in zwei Schichten ohne Bewilligung ermöglicht; die zugelassene Überstundenzahl für Arbeitnehmer mit einer mittleren wöchentlichen Arbeitszeit von 45 bis 50 Stunden wurde auf 170 bzw. 140 Stunden festgelegt. Im weitem sehen die Übergangsregelungen vor, dass die Zeitkompensation

für Nachtarbeit erst am 1. Januar 2001 in Kraft tritt. Eine Ausnahme bilden dabei die Frauen, die Nachtarbeit verrichten und die bis heute einem strikten Nachtarbeitsverbot unterstehen.

Nur dogmatische Extremisten bekämpfen diese Revision. Extremisten, welche die gemeinsamen Interessen der Schweizer Wirtschaft und der Arbeitswelt auf dem Altar einer überholten Ideologie opfern wollen.

Arbeitsfrieden konsolidieren

Die Durchführung dieser Arbeitsgesetzrevision hat eine langen und beschwerlichen Weg hinter sich. Das Resultat aber beantwortet die Bedürfnisse der Bevölkerung und berücksichtigt die neuen Ansprüche der Wirtschaft. Ich lade Sie deshalb wärmstens ein, dieser Reform Ihre Unterstützung zu geben, welche im übrigen von der freisinnigen Fraktion einstimmig bejaht wird.

Ist das Bessere nicht manchmal der Feind des Guten? Die Volksabstimmung in dieser Sache vom 1. Dezember 1996 hat dafür ein vielsagendes Beispiel geliefert. Ich empfehle Ihnen also, dem Weg des Pragmatismus und der Weisheit zu folgen und dieser neuen Revision zuzustimmen, welche das Verdienst hat, neue Konzepte und Fortschritte im Gebiet der Arbeit zu erlauben, ohne die unabdingbaren Schutzmassnahmen in Frage zu stellen.

Ist der Arbeitsfrieden der Schweiz nicht die Frucht permanenten konstruktiven Dialogs zwischen den Sozialpartnern?

Unbestrittenermassen wird diese Reform dazu beitragen, den Arbeitsfrieden im Interesse des ganzen Landes zu konsolidieren. ■

Kunst schenken macht Freude!

A. Rodin

Mit dieser grandiosen Skulptur gestaltet Rodin den Augenblick der Verzückung, in dem zwei Liebende in einer leidenschaftlichen Umarmung zueinander finden: zwei nackte Gestalten in jugendlicher Verzauberung.

„Der Kuss“ 1886, die bekannteste Skulptur von **Auguste Rodin** limitiert auf nur je 499 Ex. Mit eingegossener Signatur, nummeriert, mit Zertifikat. Höhe mit Marmorsockel 27,5 cm.

Mit Zertifikat

In Bronze-Kunstguss (Cold-Cast-Bronze) Fr. 1'280.-

In echter Bronze einzeln von Hand gegossen. Fr. 2'780.-

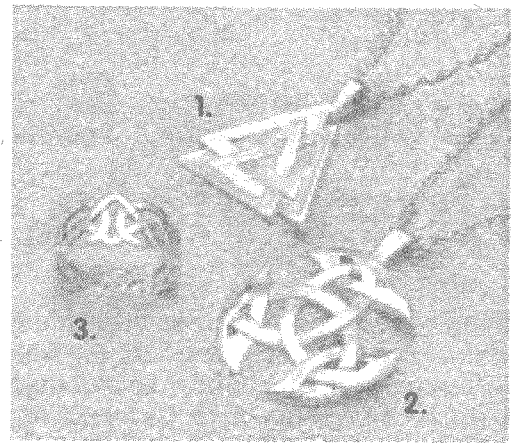


Glücksbringer alter Kulturen



1. „Keltischer Knoten“
Keltisches Schutz-Amulett, welches das göttliche Auge symbolisiert. 925er Sterling-silber, vergoldet. Höhe 3 cm, Kette 60 cm. Fr. 135.-

2. „Keltische Dreifalt“
Magisches Keltens-Amulett zur Erreichung von Zielen und Wünschen. 925er Sterling-silber, vergoldet. Ø 3 cm, Kette 60 cm. Fr. 149.-



„A Fish called Wanda“ Künstlerkrawatte von **James Rizzi** in feinsten Seide. Fr. 149.-

3. „Keltischer Ring“ Die ineinander verschlungene, quasi endlose Linie symbolisiert Kontinuität und damit die Hoffnung auf ein langes Leben. 925er Sterlingsilber, vergoldet. Ring unten offen, Weite verstellbar für normale Grössen. Fr. 65.-

168.-

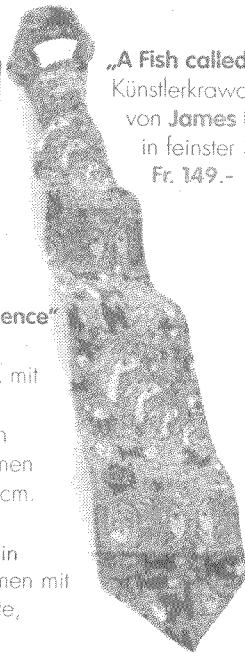


Rolf Knie

„The Virtue of Patience“ (Abb. links)

Gross: Kunstdruck mit zusätzlichen Farbprägungen, in weissem Holzrahmen lackiert, 67 x 88 cm. Fr. 298.-

Klein: Kunstdruck in weissem Holzrahmen mit erhöhter Innenkante, 30 x 36 cm. Fr. 168.-

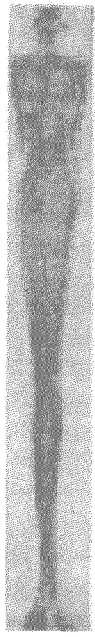
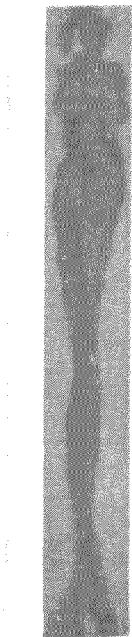


„Espressotassen“ Sie und Ihre Gäste werden begeistert sein, den Espresso aus diesen wunderschönen **Picasso-Tassen** zu trinken! Tassenhöhe 5,5 cm, Unterteller Ø 12 cm. 4 Tassen zus. aus feinstem Porzellan. Fr. 135.-

Coupon einsenden an: **Leserangebot FDP Schweiz Kretz AG**, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

„When a man loves a women“ Vier Kunstdrucke von Franz Ruzicka

neu



„woman red“

„woman blue“

„man red“

„man blue“

in exklusiver Atelierrahmung weisser Metallrahmen mit Schrägschnitt-passepartout. Format gerahmt 92,5 x 21,5 cm. Je Fr. 215.-

Zwei zus. Fr. 390.- statt Fr. 430.-

„Men and Women“ alle vier Kunstdrucke zusammen Fr. 760.- statt Fr. 860.-

Bestell-Gutschein mit Rückgabegarantie

1174FDPT/1/98 1224

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

- Auguste Rodin** "Der Kuss"
 - Bronze-Kunstguss Fr. 1'280.-
 - In echter Bronze Fr. 2'780.-
- Rolf Knie** "The Virtue of Patience"
 - Gross Fr. 298.-
 - Klein Fr. 168.-
- Keltischer Schmuck**
 - "Keltischer Knoten" Fr. 135.-
 - "Keltische Dreifalt" Fr. 149.-
 - "Keltischer Ring" Fr. 65.-
- James Rizzi** Seidenkrawatte
 - "A Fish called Wanda" Fr. 149.-
- Pablo Picasso**
 - "Espressotassen" Set Fr. 135.-
- Franz Ruzicka**
 - Alle vier Werke zus. Fr. 760.- statt Fr. 860.-
 - "woman red" Fr. 215.-
 - "woman blue" Fr. 215.-
 - "man red" Fr. 215.-
 - "man blue" Fr. 215.-
 - Zwei Kunstdrucke zus. Fr. 390.- statt Fr. 430.- (bitte gew. Werke ankreuzen)

Preise inkl. MWST, zuzüglich Versand- und Versicherungsanteil.

Ich bin an Kunst interessiert. Senden Sie mir kostenlos Ihren Katalog.

Name _____

Vorname _____

Str./Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____ Unterschrift _____

Leserangebot FDP Schweiz

Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

29. NOVEMBER 1998 ◊ *Ja zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs*

Moderne Bahn bringt viele Vorteile

Das Schweizervolk hat sich in verschiedenen Abstimmungen dafür entschieden, die Bahn attraktiver und konkurrenzfähiger zu machen, damit sie im Personen- und Güterverkehr zu einer echten Alternative zum Privatverkehr und zum Lastwagen wird. Unsere Verkehrspolitik ist daher seit Jahren eine Grossbaustelle. Die LSVA (leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe) und die Bahnreform sind unter Dach. Das bilaterale Landverkehrsabkommen mit der EU steht vor dem Abschluss. Mit einem Ja zur Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur am 29. November wird unsere Verkehrspolitik endgültig auf ein neues, modernes Fundament gestellt.

VON FDP-NATIONALRAT ERICH MÜLLER, SEUZACH (ZH)

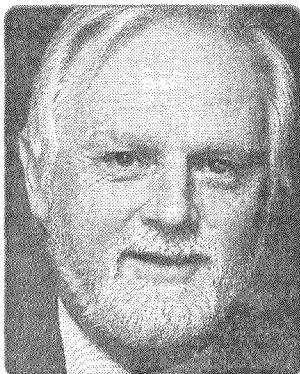
Die Modernisierung der Bahn besteht aus vier Vorhaben: Bahn 2000, Neat, Hochgeschwindigkeitsbahn-Anschlüsse (HGV) und Bahnlärmschutz. Sie sind sorgfältig aufeinander abgestimmt. Die Bahn 2000 bringt ein attraktives Angebot im nationalen Personenverkehr und umfasst im ganzen Land rund 50 Bauprojekte. Aus wirtschaftlichen Gründen wird sie etappiert. Die Neat schafft Kapazitäten und Transportqualitäten, die für die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene nötig sind. Mit den HGV-Anschlüssen in allen Landesteilen verbinden wir die Schweiz mit dem europäischen Hochleistungsnetz. Die Bahn wird damit zu einer starken und umweltfreundlichen Konkurrenz des Strassen- und Luftverkehrs. Mit aktiven und passiven Massnahmen sollen zudem rund 260 000 Menschen vor übermässigem Bahnlärm geschützt werden.

Entlastung des Flughafens Zürich Kloten

Die Verbindungen der Schweiz zu den europäischen Metropolen sollen vermehrt vom Flugzeug auf die Bahn verlagert werden. Das setzt Konkurrenzfähigkeit voraus, die mit den Schnellbahnlösungen, insbesondere dank dem Gotthard, erfüllt werden kann. Der Flughafen Zürich Kloten stösst, trotz Ausbau, an seine Grenzen. Es sind dies weniger Kapazitäts- als politische Grenzen von seiten der Bevölkerung im Einzugsgebiet. Neue Bahnverbindungen bringen hier wertvolle Entlastung.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Der Bau der modernen Bahn ist ein eigentliches Impulsprogramm für den Standort Schweiz und wird Tausende neuer Arbeitsplätze schaffen. Die Modernisierung der Bahn schafft während der ca. 15 Jahre Hauptbauphase insgesamt Arbeit für rund 15 000 Personen. Davon profitieren nicht nur die Baugeschäfte, son-



FDP-Nationalrat Erich Müller.

dern auch Zulieferer wie die Elektroindustrie oder die Baumaschinenfabrikation und auch das örtliche Gewerbe. Hinzu kommen die Verkehrsunternehmungen, die neue Arbeitsplätze erhalten.

Insgesamt angemessene Finanzierung

Der Hauptteil der Finanzierung wird durch die Schwerverkehrsabgabe sichergestellt. Bis zum Jahre 2001 sollen die Einnahmen der pauschalen Schwerverkehrsabgabe und nachher zwei Drittel der LSVA zur Finanzierung der vier Projekte dienen. 25 Prozent der Neat-Kosten sollen durch Mittel aus der Mineralölsteuer beglichen werden. Um den Benzinpreis nicht zu erhöhen, hat sich das Parlament für die Anhebung der Mehrwertsteuersätze um 0,1 Prozent entschieden. Für ein Viertel der Gesamtaufwendungen kann sich der Bund verschulden und Mittel auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Eine ergänzende Finanzierung durch Private ist möglich. Es gibt also keine Benzinpreiserhöhung, und die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um ein Promille ist

verkräftbar, so dass die Finanzierung insgesamt angemessen und vertretbar ist. Verteilt auf 20 Jahre, sind dies im Schnitt 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, oder etwa gleich viel wie für die Autobahnen.

Netzvariante vertretbar

Die neue Bahn bringt mit der Modernisierung des Netzes, verbesserten Anschlüssen ans europäische Netz und den Tunnels am Gotthard und am Lötschberg der Schweiz hohen volkswirtschaftlichen Nutzen. Zwei Alpendurchstiche sind langfristig gesehen zu

unterstützen; auch wenn ich persönlich eine verstärkte Etappierung, zuerst die Erstellung der Gotthardröhre und dann bei Bedarf die Erstellung des Lötschbergtunnels, vorgezogen hätte. Die vorliegende Lösung ist ein gut eidgenössischer Kompromiss. Ich stimme am 29. November darum der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zu. Wir sagen damit Ja zu einer zukunftsgerichteten, umweltfreundlichen Verkehrspolitik. ■

LOKAL.
INTERNATIONAL.
ÜBERALL!



Zwei gewinnbringende Lese-Tips!

Jetzt testen lohnt sich doppelt!

Sie sind herzlich eingeladen!

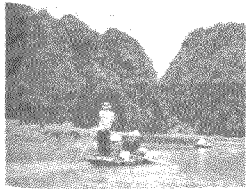
Nehmen Sie teil an unserer grossen Herbstpromotion! Sie können dabei nur gewinnen! Wählen Sie aus zwischen unseren beiden Schweizer Top-Zeitschriften für die moderne Frau und sparen Sie bis **60%**! Gleichzeitig haben Sie die Chance, einen von 64 tollen Preisen erster Güte zu gewinnen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Grosser Wettbewerb!

64 sinnvolle, edle Preise im Gesamtwert von über 30'000 Franken zu gewinnen!

1. Preis: Eine Traumreise für 2 Personen nach Vietnam im Wert von über Fr. 6'000.-. In Zusammenarbeit mit dem



«Reisebüro Leibacher», Zürich.

2. bis 11. Preis: Je 1 Weekend im «Romantic Hotel», Flims im Wert von je Fr. 800.-. In Zusammenarbeit mit dem «Hotel Schweizerhof», Flims-Waldhaus.



12. bis 64. Preis: Marken-Haushaltgeräte von Solis, Turmix, Jura, Koenig, Philips, Stöckli und Trisa im Wert von Fr. 129.- bis Fr. 550.-.



Wettbewerbsbedingungen: Jede Einsendung nimmt unabhängig von einer Bestellung an der Verlosung vom 15. März 1999 teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt. Die Mitarbeiter vom «Verlag Meyer AG» sowie nahestehende Personen sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Einsendeschluss ist der 28. Februar 1999.

Über **Fr. 30'000.-** zu gewinnen!

13 x für nur Fr. 20.-

MODEBLATT

Das neue «Modeblatt», die meistgelesene Frauenzeitschrift der Schweiz.

Modeblatt bietet Ihnen Woche für Woche ein unverwechselbares redaktionelles Angebot für die Frau von heute: Modetrends aus aller Welt • Beauty News und Schönheitstips • Exklusive und vorteilhafte Leserangebote • Spannende Reportagen und Porträts • Grosser Ratgeber teil



Sie sparen mit diesem Angebot **Fr. 32.-!**

3 x für nur Fr. 10.-

d'Chuchi

Das kreative Kochmagazin mit tollen Rezepten und vielen guten Ideen, wie Sie im Nu zur Meisterköchin werden. Eine wahre Fundgrube an Leserangeboten und raffinierten, schmackhaften Kochideen. Sie sparen mit diesem Angebot **Fr. 8.-!**



Ja, ich profitiere von Ihrem Kennenlernangebot.

Bitte senden Sie mir:

- 13 x Modeblatt für nur Fr. 20.- statt Fr. 52.- im Einzelverkauf.
- 3 x d'Chuchi für nur Fr. 10.- statt Fr. 18.- im Einzelverkauf.
- Ich nehme nur am Wettbewerb teil.

Ich kenne die Zeitschriften bereits und möchte gerne vom vorteilhaften Jahresabonnement profitieren.

- 52 x Modeblatt für nur Fr. 166.-
- 10 x d'Chuchi für nur Fr. 48.-

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum/Unterschrift _____ AK5

Ausgefüllten Gutschein ausschneiden und am besten gleich heute noch einsenden an: **Verlag Meyer AG, Klausstrasse 33, 8008 Zürich**
Am einfachsten geht's per **Fax 01 386 87 77** oder **Tel. 01 386 86 86**

GUTSCHEIN

29. NOVEMBER 1998 ◊ Nach «Jugend ohne Drogen» nun die «Droleg-Initiative»

Nein zum Drogentourismus

Der Missbrauch legaler und insbesondere illegaler Drogen ist eine Erscheinung, welche seit den vergangenen drei Jahrzehnten die Staaten weltweit immer mehr belastet. Auch wenn ich mich im folgenden hauptsächlich mit der «Droleg-Initiative» befasse, darf das Verhältnis der Schäden von legalen Drogen wie Tabak und Alkohol zu den illegalen nicht ausser acht gelassen werden: In der Schweiz sterben pro Jahr rund 7000 Personen an tabakbezogenen Schäden, rund 1000 an alkoholbedingten Krankheiten und Unfällen, rund 400 an einer Überdosis von Rauschgift. Damit ist zum Ausdruck gebracht, dass es in unserer Bevölkerung eine hohe Suchtbereitschaft gibt.

VON FDP-NATIONALRÄTIN MILLI WITTENWILER, ST. GALLEN

... aus Sicht der Initianten

Die Droleg-Initiative setzt mit ihrer Kritik bei der Repression und Prohibition an, die aus ihrer Warte hauptsächlich Ursachen der heutigen Drogensituation sind. Vor dem Hintergrund von zunehmender Beschaffungskriminalität, Verelendung und Tod von Drogenabhängigen sowie der Kostenexplosion im Polizei-, Justiz-, Gesundheits- und Sozialwesen will das Initiativkomitee mit Hilfe einzelner in der Verfassung festgeschriebener Massnahmen Tabula rasa machen mit der Drogenmafia. Nach Meinung der Initianten ist die gegenwärtige Betäubungsmittelpolitik schuld an der Existenz der Mafia. Die Betäubungsmittelabgabe ist das zentrale Element der zukünftigen Drogenpolitik. Darunter fielen sowohl die medizinische Verschreibung durch Ärzte als Medikament als auch die kontrollierte Abgabe ausserhalb der ärztlichen Behandlung. Nach dem Modell einer nichtmedizinischen Abgabe erhielten Personen mit Wohnsitz in der Schweiz von einem bestimmten Mindestalter an auf Verlan-

Die Volksinitiative «für eine vernünftige Drogenpolitik» wurde am 9. November 1994 eingereicht. Sie fordert die Strafbefreiung des Konsums und der Vorbereitung für den Eigenkonsum, die konzessionierte Betäubungsmittelherstellung und -abgabe, die Schaffung der Möglichkeiten zum rezeptfreien nichtmedizinischen Konsum von Betäubungsmitteln und deren fiskalische Belastung. Sie zielt damit auf einen staatlich kontrollierten Betäubungsmittelzugang ausserhalb der medizinischen Behandlung.

WICHTIGE DATEN

SAMSTAG, 13. MÄRZ 1999

Tagung «Die Frau als Lebensarbeiterin». Zürich (Detailprogramm folgt)

DONNERSTAG, 25. MÄRZ 1999

Präsidentinnenkonferenz

SAMSTAG, 8. MAI 1999

Delegiertenversammlung 1999.



FDP-Nationalrätin Milli Wittenwiler: «Initiative Droleg zielt auf einen staatlich kontrollierten Betäubungsmittelzugang.»

gen eine Betäubungsmittelbezugskarte. Mit dieser Karte könnten z. B. in Apotheken oder Drogerien rezeptfreie Betäubungsmittel zum Eigenbedarf gekauft werden.

... ein klares Nein aus meiner Sicht

Die Auswirkungen des von den Initianten propagierten Umgangs mit Betäubungsmitteln im Rahmen von staatlichen Konzessionen auf die Volksgesundheit sind schwer abschätzbar und nach heutigem Wissensstand mit unberechenbaren Risiken verbunden, da dafür keine neueren Erfahrungen aus Industrienationen vorliegen.

Die Einführung eines konzessionierten Betäubungsmittelmarktes zwecks Konsums ausserhalb einer ärztlichen Medikation wirft auch Probleme auf in bezug auf den Umgang mit rezeptfreien Betäubungsmitteln, die aus medizinischen Grün-

unerwünschter Drogentourismus drohen. Eine Annahme der Droleg-Initiative ist nicht vereinbar mit der Einhaltung der in den Uno-Übereinkommen von 1961, 1971, 1972 und 1978 enthaltenen Grundsätze. Die Schweiz müsste alle Übereinkommen, denen sie beigetreten ist, kündigen, beziehungsweise könnte sie diesen nicht beitreten.

Die Droleg-Initiative überschreitet die für die FDP geltenden Freizügigkeitsgrenzen. Die Strafflosigkeit ohne jede Eingrenzung, die Strafflosigkeit von Besitz, Anbau und Erwerb für den Eigenbedarf führen uns im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern in einen Sonderstatus, den wir uns nicht leisten können und nicht leisten wollen. Die Initiative widerspricht in wesentlichen Punkten der von der FDP verfolgten Drogenpolitik und ist daher abzulehnen.

den konsumiert werden. Ein schweizerischer Alleingang könnte die Schweiz zum Anziehungspunkt für Drogenabhängige machen. Es würde unserem Land ein

Ja zum Arbeitsgesetz

Der Vorstand der FDP Frauen Schweiz unterstützt das neue Arbeitsgesetz, welches am 29. November 1998 zur Abstimmung gelangt. Das Arbeitsgesetz ist eine ausgewogene Vorlage. Es leistet nach Auffassung der FDP-Frauen einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Erneuerung der Schweiz durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz. Die seinerzeitig umstrittenen Punkte, nämlich sechs bewilligungsfreie Sonntage für Verkaufsgeschäfte, fehlender Zeitzuschlag bei regelmäs-

siger Nachtarbeit und die hohe Zahl der jährlich zugelassenen Überzeit, wurden nach der Ablehnung 1996 durch das Parlament gestrichen oder angepasst. Das Gesetz bietet zahlreiche Verbesserungen für die erwerbstätigen Frauen, unter anderem die Gewährleistung der Kinderbetreuung während der Nachtarbeit, sowie einen Ausbau des Mutterschaftsschutzes. Es ist an der Zeit, dem Arbeitsgesetz an der Urne zum Durchbruch zu verhelfen. Die FDP-Frauen sagen am 29. November 1998 deshalb Ja zu dieser zukunftsorientierten Vorlage.

WETTBEWERB  *Wie heisst das Ferienland?*

«Von sührenden wernen...»

Der Pressechef der FDP Schweiz hat weder die Haare blond gefärbt, noch ist er nach Südafrika in die Ferien gereist. Er war andernorts im Urlaub: Finden Sie heraus, wo er war.

auch eine Broschüre übergeben, welche die Geschichte dieses Ferienlandes und das einheimische Gewerbe dem ausländischen Besucher näherbringen sollte. Auszüge aus dem historischen Abriss lesen sich dort so:

GUS. Auch Pressechefs machen Ferien – selten zwar, aber dann meist recht weit weg. Keine Ausnahme bei der FDP: Auch deren Pressechef, identisch mit dem «Freisinn»-Redaktor, nahm für eine Woche eine Auszeit. Mitsamt den üblichen Reiseunterlagen wurde ihm

... ein Land suit einer stufenartigen Geschichte, ist sehr reich in tradition und Kultur und berühmt für die Freundlichkeit der ... Leute. Es ist auch ein Ort, der seit dem Anfang der Menschheit bewohnt wurde und hatte auch eine grosse Bedeutung

während der Geschichte des Mittelmeer. Es ist kein Wunder, dass Sieger im Lauf der Zeit ihre besonderen Spuren auf ... hintergelassen haben. Phönizier, Karthager, Römer Araber, Normannen, Spanier, Johanniter, die Franzosen und die Enbgländer, die die ... bis 1964 regierten, als ... die unabhängigkeit erlangte... Es war ein unvergesslicher uferfall, von dem die ... noch sprechen. Nasch diesem Sieg waren die Ritter Helden von Europa und viel Geld und Berater kamen nach ..., um ... eine uneineunehm-bare Festung zu machen und von dieser Geschicklichkeit wurde ... gebaut.



Talon

Ich weiss, wie das Ferienland heisst:

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: pressechef@fdp.ch

Finden Sie heraus, wo der Pressechef in den Ferien war!

Die richtigen Einsendungen nehmen an der Verlosung um ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard teil. Die richtige Feriendestination und die Namen der Gewinnerinnen und Gewinner veröffentlichen wir im nächsten «Freisinn». Einsendeschluss ist der 17. November 1998. Machen Sie mit! ■

TERMINE

November

30. 11.–
18. 12. Wintersession
6. Jubilaumssitzung Parlament
13. Von-Wattenwyl-Gespräch
20./21. Vorsessionale Fraktionssitzung + Treffen mit FDP-Regierungsratinnen und -raten
29. Eidgenössische Abstimmung

Dezember

2. Wahlfeier Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
3. Geschäftsleitung
9. Vereinigte Bundesversammlung / Fraktionssessen
10. Wahlfeier Bundespräsident
19. Allfällige weitere Feiern

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Weil ein Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» viele interessierte Leserinnen und Leser findet.

Und weil Sie sich damit den attraktiven Markt unserer Mitglieder erschliessen.

Wir freuen uns auf Ihre Präsenz,

Ihre FDP Schweiz

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Die Anzeigenverwaltung soll mit mir/uns Kontakt aufnehmen.

Name/Firma:

Zuständig:

Adresse:

PLZ/Ort:

Telefon:

Fax:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden/faxen an:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon (031) 320 35 35, Fax: (031) 320 35 00
E-Mail: gs@fdp.prd.ch

Freisinniger Modernisierungsschub

Die FDP Schweiz soll sich einen Modernisierungsschub verordnen und am Neuenburger Parteitag die Weichen in Richtung Zukunft stellen. Da es sich um eine der grossen Parteien der Schweiz handelt, lohnt es sich, die Modernisierungsideen zu hinterfragen und nicht adressierte Gebiete aufzudecken. Die Modernisierungsidee besteht im wesentlichen aus rationalen und volkswirtschaftlichen Vorschlägen zur Sanierung der Sozialwerke, Umgestaltung des Bildungswesens und der Deregulierung weiterer Wirtschaftsbereiche. Die politischen Prozesse und Institutionen sollen derart umgestaltet werden, dass die Führung auf Allianzen mehrheitsfähiger Parteien basieren und effizienter gestaltet werden kann. Schliesslich soll die Schweiz Mitglied in der Uno und in der EU werden und ihre teilweise professionalisierte Armee im Ver-

bund mit der Nato einsetzen können. Die FDP möchte ihre Führungsrolle unterstreichen und ihren Wähleranteil auf 35 Prozent bis zum Jahre 2007 steigern können.

Es ist absolut in Ordnung und sehr wichtig, dass eine liberale Partei, welche den Bundesrat von Anfang an gestaltet hat und vor allem im wirtschaftlichen Bereich sehr erfolgreich war, den Versuch eines Aufbruchs zu neuen Ufern und Visionen unternimmt. Es ist ebenso richtig, dass sie diesen Prozess entlang jener Achse anlegt, auf welcher ihre Kompetenzen liegen, und dass sie sich anschickt, die Lösungen im rational-wirtschaftlichen und politisch-prozessualen Bereich zu suchen. Leider geht die Modernisierung auf die emotionale Komponente, eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Komponente des politischen Lebens praktisch nicht ein. Was nützt

denn die Rationalität der Wirtschaft und Effizienz der politischen und Verwaltungs-Prozesse, wenn die Menschen sich darin nicht wohl fühlen, ihre Gefühle nicht ausleben können und ihre Heimatbezogenheit bedroht sehen? Eine solche Situation kann dazu führen, dass eine kleine liberale Kernpartei der Intellektuellen sich bildet, welche sehr wohl Lösungen für zahlreiche Fragen liefern kann, welche aber andererseits nicht in der Lage ist, als grosse Volkspartei eine Anziehungskraft auf breite Schichten der Bevölkerung auszuüben. Als ein Beispiel für eine solche Entwicklung könnte die deutsche FDP angesehen werden, aus der das Führungstrio Kinkel/Gerhardt/Westerwelle eine moderne liberale Partei gemacht hat, ohne dass es diese Ideen in Wählerstimmen umsetzen konnte.

Auf der andern Seite können Beispiele angeführt

werden um aufzuzeigen, dass eine Synthese der Ratio mit der Emotionalität möglich ist. So ist es der CDU unter L. Späth in Baden-Württemberg oder der CSU unter E. Stoiber in Bayern gelungen, die Ratio und moderne Technologie mit wertebasierendem überliefertem Gedankengut zu verbinden und im politischen Prozess mit stabilen Mehrheiten die gestalterische Rolle zu übernehmen. Wenn nämlich die schweizerische FDP die vorhandenen wertorientierten Gedanken und Haltungen der Bevölkerungen nicht anspricht, wird sie dieses Wählerpotential unfreiwillig anderen Parteien überlassen und sich als Partei der intellektuellen Liberalen profilieren, der es zwar nicht an Ideen, wohl aber an Anhängerschaft mangeln könnte.

Es geht bei meinen Ausführungen nicht darum, die Notwendigkeit der Modernisierung der Volkswirt-

schaft und des politischen Systems in Frage zu stellen und die geleisteten Vorarbeiten der FDP-Organen zu verniedlichen. Das Ziel ist es, auf die erforderliche Ergänzung der Modernisierungsideen um emotionale und wertorientierte Inhalte hinzuweisen, um die Verankerung in der politischen Kultur und die Akzeptanz bei der Wählerschaft zu gewährleisten. Der Integrationsprozess muss, um erfolgreich zu sein, konkrete Ergebnisse und Verbesserungen etwa im wirtschaftlichen Bereich, bezüglich Sicherheit oder im Asylbereich zeigen können. Ansonsten wird er als Selbstzweck empfunden und nicht unterstützt. Die Modernisierung des politischen Systems soll schliesslich die politische Kultur und die Notwendigkeit der breiten Abstützung politischer Entscheide in der direkten Demokratie respektieren.

Georg Vancura, Buchs AG

Politische Leadership ist möglich

Eine Analyse der Resultate des letzten Abstimmungswochenendes lässt interessante Interpretationen und Schlussfolgerungen zu. Die Ergebnisse sind alle so ausgefallen, wie von Bundesrat und Parlament vertreten. Der Bundesrat ist endlich wieder einmal mit Geschlossenheit und einer verpflichtenden *Unité de doctrine* gegen aussen aufgetreten und hat sich im Abstimmungskampf überzeugend als Exekutive engagiert, argumentiert und informiert. Dies vor allem in einer Vorlage, die integrationspolitisch brisant war. Eine sie-gessichere Domäne, die bisher von konsequenten Nein-

sagern für sich beansprucht wurde. Der Wirkungsgrad unserer Kollegialbehörde hat sich nun durch diese manifestierte Geschlossenheit und die Resultate erfreulicherweise überraschend verbessert.

Während Jahren ist der politischen Führung vorgeworfen worden, in vitalsten Zukunftsfragen keine Leaderships mehr zu besitzen, wenig überzeugend zu führen und den Bundesrat zu einer Regierungsplattform mit Einzeldarstellerinnen und -darstellern verkommen zu lassen. Dieser neue innen- und aussenpolitische Schwung, dieses neue Vertrauen, das durch

eine zukunftsgerichtete, vernünftig erklärte bundesrätliche Überzeugungsarbeit am und für das Volk manifestiert wurde, gilt es auszunutzen, um dem Primat der Politik eine neue Renaissance zu verschaffen. Mit einem überzeugenden konstruktiven Erklärungs- und Argumentationsdialog hat die Landesregierung im Vorfeld der Abstimmungen klar gepunktet. Im sich heute verschärfenden Transformationsprozess der Wirtschaft hingegen ist es den Wirtschaftsführern der neuen Generation nämlich noch nicht gelungen, die Menschen hinter sich zu scharen, sie für

den notwendigen schnellen Umbau der Wirtschaft zu motivieren und zu gewinnen. Hier sollte nun die Politik das entstandene Vakuum nutzen, um die Unsicherheiten des Wandels mit klaren, nachvollziehbaren, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Visionen, neubelebten schweizerischen Solidaritäten und einem aufbauenden Vertrauensverhältnis ohne ideologische Grabenkämpfe zu beantworten. Die Schweiz braucht im Umbruch sichere Werte und Haltepunkte. Unser Politsystem ist zwar mit 150 Jahren ein Oldtimer, aber immer noch wirksam. Die da-

mit gemachten positiven Erfahrungen ermöglichen es, die Schweiz neuen motivierenden Horizonten zuzuführen und das führungs-mässige Vakuum zu füllen, das die Wirtschaft in der letzten Zeit offensichtlich entstehen liess. Politik und Wirtschaft dürfen keine sich auseinanderlebenden, sprachlosen, geschiedenen Eheleute sein. Sie sind sich ergänzende Partner, die miteinander eine grosse Verantwortlichkeit für die Zukunft und das Wohlergehen unseres Staates, Volkes und unserer Wirtschaft tragen.

*Roger E. Schärer,
Herrliberg*

Der zweite Frühling des Franz S.



AT 98

Karikatur Andreas Töns

HERBST 1998 ◊ *Asylpolitischer Handlungsbedarf*

Sicherheitspolitischer Beitrag vor Ort

Innert Jahresfrist haben die Asylgesuche per Ende August um 51 Prozent zugenommen. Zur Lösung dieser Problematik genügt es nicht, nur die Grenzen zu besetzen, sondern es braucht einen ganzen Strauss von kurzfristigen und längerfristigen Massnahmen. Es geht darum, die Asylausenpolitik zu fördern, ohne die Innenfront zu vergessen.

VON FDP-NATIONALRAT
FRANZ STEINEGGER,
FLÜELEN (UR)

Die Attraktivität der Schweiz als Asylsland ist nicht zuletzt auch auf das Verfahren zurückzuführen. Die laufende Revision des Asylgesetzes ist ein erster Schritt, diese Attraktivität zu senken. Die Annahme der beiden Asylvorlagen – Revision des Asylgesetzes und dringliche Massnahmen im Asylbereich – ist die Voraussetzung für die weiteren Schritte zur Lösung des Problems.

Neues Verfahrensrecht zur Beschleunigung des Asylverfahrens

Das geltende Asylgesetz verweist in der Verfahrensfrage auf das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren. Dieses ursprünglich nicht für den Asylbereich geschaffene Verfahrensrecht hat sich nicht als praktikabel erwiesen. Asylsuchende haben sehr viele Einsprache- und Rekursmöglichkeiten. Dadurch verunmöglicht es das heutige System, ein Verfahren innert weniger Monate definitiv abzuschliessen.

Daher muss das Verfahren gestrafft werden. Gleichzeitig müssen die Rekursmöglichkeiten begrenzt werden. Das heisst:

Das eigentliche Asylverfahren muss separat geregelt werden.

Fürsorgestandard überprüfen

Neben der drastischen Verschärfung der Situation im Kosovo ist die Attraktivität der Schweiz als Asylsland ein Hauptgrund für die rasante Zunahme der Gesuche. Diese hängt einerseits vom Verfahrens-, andererseits aber auch zu einem beträchtlichen Teil vom Fürsorgestandard ab. Obwohl im Fürsorgebereich bereits Sparmassnahmen getroffen wurden, liegt der schweizerische Fürsorgestandard europaweit an der Spitze. Überdies hält das ausgebaute Gesundheits- und Sozialversicherungssystem die Kosten im Asylwesen hoch. Die FDP ist bereit, im Fürsorgebereich und der Infrastruktur der Asylzentren über die Bücher zu gehen.

So sollen beispielsweise bei einem rechtskräftigen Entscheid und vorliegenden Papieren vollzugswillige Kantone an den entstehenden Kosten beteiligt werden. Gleichzeitig muss die Papierbeschaffung in den Herkunftsländern effizienter werden. Insbesondere sollen Mittel und Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit vermehrt auf die Bedürf-



FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger: «Wir brauchen eine aktive Mitwirkung der Schweiz bei der Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen.» (Photo ruti)

nisse der Asylpolitik ausgerichtet werden. Entwicklungsgelder sind als Verhandlungsmasse einzubringen. Die Beiträge an nicht kooperationsbereite Staaten sollen gekürzt werden. Dadurch kann die Entwicklungspolitik zunehmend auf sogenannte Schwerpunktländer ausgerichtet werden.

Umständliche Praxis der Asylrekurskommission

Der Bundesrat muss von seinem generellen Weisungsrecht gegenüber der ARK Gebrauch machen. So etwa bei der Beurteilung der Länderrisiken, wo sich heute neben der ARK mindestens zwei weitere Gremien mit solchen Analysen beschäftigen. Durch Gebrauch seines Weisungsrechtes kann hier der Bundesrat bei diesen Leerläufen für Abhilfe sorgen. Neben weiteren Möglichkeiten, wo die Regierung ihr Weisungsrecht nutzbringend anwenden könnte, prüfen wir auch eine Rückkehr zum einzelrichterlichen

Entscheid und damit eine Reduktion der Richterzahl.

Schweiz als Ersatz-Aufnahmeland

Unser Land ist vom einschlägigen Dubliner Abkommen der EU ausgeklammert und läuft zunehmend Gefahr, Ersatz-Aufnahmeland für Asylsuchende in Europa zu werden. Besonders die im Dubliner Abkommen geschaffene Zuständigkeitsklausel wirkt sich negativ auf die Schweiz aus. In der EU ist es nicht mehr möglich, zweimal ein Asylgesuch zu stellen. Will die Schweiz verhindern, dass Asylbewerber nach einem ablehnenden Bescheid eines Staates aus dem Schengen-Raum ein Gesuch nachreichen, so muss sie den massgeblichen Übereinkommen beitreten.

Aus diesem Blickwinkel ist auch der Widerstand gewisser Kreise gegen das bilaterale Abkommen über die Freizügigkeit im Personenverkehr zu sehen. Denn die Vermutung liegt nahe,

dass diese Kreise gezielt zweckmässige Lösungen in der Aussenpolitik verhindern, um in der Schweiz weiterhin über die Missstände im Asylbereich jammern zu können.

Die Rechnung ist einfach: Ohne das von gewissen Kreisen bekämpfte bilaterale Abkommen im Personenverkehr gibt es keinen Beitritt der Schweiz zum Dubliner Abkommen und damit keine Entspannung im Asylbereich. Wir können uns aber, unabhängig von unserem völkerrechtlichen Verhältnis zu «Europa», im Migrationsbereich den Luxus eines Alleingangs, eines Inseldaseins nicht erlauben!

Sicherheitspolitischer Beitrag vor Ort

Die Schweiz muss sich daher auf den Abschluss der bilateralen Verhandlungen konzentrieren. Ebenfalls ist es sinnvoll, militärische Unterkünfte für die Erstaufnahme von Asylsuchenden zur Verfügung zu stellen und deren Betrieb durch Betreuungsformationen der Armee sicherzustellen. Absurd ist dagegen die Vorstellung einer Grenzbesetzung auf Dauer inmitten eines durch die Freizügigkeit im Personenverkehr geprägten Europa. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob nicht durch eine vermehrte Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU, der Uno und der Nato verhindert werden soll, dass sich solche Flüchtlingsströme überhaupt erst in Bewegung setzen.

Wir haben also die Wahl zwischen einem sicherheitspolitischen Beitrag vor Ort oder aber der weiteren und vermehrten Erduldung eines sicherheitspolitischen Abseitsstehens der Schweiz. Der Beitrag der Armee muss bei diesen Rahmenbedingungen allerdings deutlich über Gelbmützen, die von ukrainischen Blauhelmen bewacht werden, hinausgehen. ■